

AKDB REPORT

Das Magazin für kommunale Verwaltungen und Unternehmen

01 | 2019 32. Jahrgang



Europa digital

E-Rechnung, eIDAS, Once-Only-Prinzip

Gastbeitrag
Judith Gerlach
Bayerische
Staatsministerin für
Digitales

Nerven schonen
Online zur Kitaplatz-
Anmeldung

Europawahl 2019
Alles bereit dank
OK.VOTE

Auf ewig
Langzeitarchivierung
mit KOALA

HELDEN DER VERWALTUNG

Nº 01



Mission Gemeinwesen

Jeden Tag sind sie unermüdlich im Einsatz, sei es im Bürgerbüro, im Amt oder draußen bei Wind und Wetter – Helden der Verwaltung, die ihr Bestes geben, damit alles läuft, wie es soll: verlässlich, geregt, digital.

Zum Wohl von Gemeinwesen und Gesellschaft. Die AKDB unterstützt dabei durch ganzheitliche IT-Lösungen. Denn auch Helden brauchen Helfer.

**Wer hat
eigentlich gesagt,
Verwaltung sei
langweilig?**



Liebe Leserinnen und Leser,

„Was die digitale Transformation anbelangt, wird die AKDB weiterhin ein innovativer, verlässlicher und kompetenter Partner sein.“

E-Government ist eine der wichtigen Zukunftsaufgaben – auch im europäischen Kontext. Auf EU-Ebene gibt es verschiedene Maßnahmen, um die digitale Transformation öffentlicher Einrichtungen voranzutreiben: „Behörden und sonstige öffentliche Stellen in der Europäischen Union sollten bis 2020 offene, effiziente und inklusive Einrichtungen werden, die grenzübergreifende, personalisierte, nutzerfreundliche und – über alle Abläufe hinweg – vollständig digitale öffentliche Dienste für alle Menschen und Unternehmen in der EU anbieten“, fordert der E-Government-Aktionsplan der EU 2016-2020. Diese Reportausgabe beschäftigt sich daher mit bayerischen, deutschlandweiten und europäischen Aspekten aus dem IT-Bereich.

Lesen Sie in diesem „Europa-Heft“ über die Vorbereitungen für die Europawahl im Mai dieses Jahres, bei der die bayerischen Kommunen erstmals flächendeckend die neue Wahlsoftware OK.VOTE einsetzen. Vernetzte Register und moderne Authentifizierungsverfahren entsprechend der eIDAS-Verordnung sollen europaweit dazu beitragen, Verwaltungen zu entlasten und den Bürgerservice zu verbessern. In diesem Report finden Sie darüber genauso viel Interessantes wie zu einem weiteren Europa-Schwerpunkt, der E-Rechnung: Vorgaben aus Brüssel sehen vor, dass die Verwaltungen der Mitgliedstaaten zukünftig Rechnungen elektronisch empfangen, weiterverarbeiten und revisionssicher ablegen können. Die AKDB unterstützt mit individueller Beratung und passgenauen Workflow-Lösungen.

Besonders freut es mich, dass die neue Bayerische Staatsministerin für Digitales, Judith Gerlach, in dieser Ausgabe mit einem Gast-

beitrag vertreten ist. Sie unterstreicht darin die Chance, die sich den öffentlichen Verwaltungen durch die Digitalisierung bietet.

Weitere lesenswerte Themen sind unter anderem die Reportage aus der schwäbischen Gemeinde Graben, die auf das Next Generation Outsourcing-Modell setzt, sowie der Bericht über den Besoldungsleiter der Stiftung Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, der dort schon seit 1978 beschäftigt ist und entsprechend viel erzählen kann, etwa über die kommunale IT im Wandel der Zeit.

Ohnehin sind es Verwaltungsmitarbeiter, denen beim digitalen Transformationsprozess eine Schlüsselrolle zukommt und die damit wesentlich zum Gelingen beitragen. Für die AKDB Grund genug, die Verwaltungsmitarbeiter zum Mittelpunkt unserer neuen Kampagne zu machen, als Helden der Verwaltung, siehe links. Denn ohne deren unermüdliches und zuverlässiges Engagement wäre es schlecht bestellt um unser hervorragend geregeltes Gemeinwesen, für das wir Deutschen so oft beneidet werden.

Gerade was die digitale Transformation anbelangt, wird Ihnen und Ihren Mitarbeitern die AKDB im Jahr 2019 weiterhin ein innovativer, verlässlicher und kompetenter Partner sein.

Ich wünsche Ihnen frohe Ostertage und viel Spaß beim Lesen.

Rudolf Schleyer
Vorstandsvorsitzender der AKDB



GASTBEITRAG

- 10** Die digitale Transformation –
Chance für die öffentliche Verwaltung
Von Staatsministerin Judith Gerlach

SCHWERPUNKT EUROPA

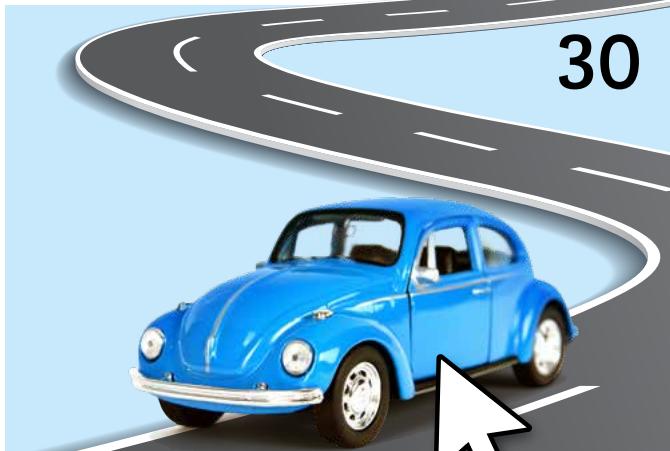
- 12** Europa beginnt mit der E-Rechnung
Mehr Digitalisierung in Kommunen
- 14** Erika Mustermann geht auf Reisen ...
eIDAS und Authentifizierungssysteme
- 16** Schluss mit doppelt und dreifach!
Vernetzte Register in Europa
- 18** Fit und sicher für Europa
Bayerische Kommunen bereiten mit
OK.VOTE die Europawahl vor

NEWS

- 6** Die OK.FIS Ablese-App
Zählerablesung wird einfacher
Neu eingenordet ...
Umstieg auf UTM
- 7** Neues zur Umsatzsteuer
Im AKDB-Fortbildungsprogramm
Beitragsabrechnung immer aktuell
Kundenfachtagungen TERAwin-BEI 2019
- 8** Sichere IT im digitalen Wandel
Veranstaltungsreihe Techniktage
Lösungen für eine digitale Heimat
Die AKDB beim Zukunftskongress Bayern
- 9** E-Government und Wettbewerb
DATABUND-Forum in München



10



30

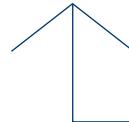


38

Immer gut informiert:

Der Newsletter „AKDB aktuell“ bietet alles Wissenswerte rund um die kommunale IT.

Jetzt anmelden unter
www.akdb.de/newsletter



KUNDEN & LÖSUNGEN

- 24** **„Das ist ja Durchschreibpapier!“**
Im Gespräch mit Siegfried Bittl, Personaler bei der Stiftung Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt
- 27** **Endlich den Kopf frei haben**
Einführung von Next Generation Outsourcing bei der Gemeinde Graben
- 30** **Klicken und losfahren**
Die wichtigsten Online-Dienste rund ums Auto
- 32** **Belegt!**
Stadt Stein nutzt digitalen Belegungsplan TERAwin-BELweb
- 38** **Nie wieder Strichlisten!**
Controlling- und Analyseplattform von OK.JUS
- 40** **Vier gewinnt: Eltern, Kommunen, Kitas, Kinder**
Online Kitaplatz-Bedarfsanmeldung

PERSÖNLICH

- 41** **Nachgefragt**
Interview mit Andrea Mischke

RECHT & VERWALTUNG

- 20** **Wissen für Generationen**
Langzeitarchivierung mit KOALA
- 34** **Arbeitshilfe der Innovationsstiftung**
Informationssicherheitskonzept im Praxischeck
- 36** **Die GKDS – Partner für Datenschutz und Informationssicherheit**
Unterstützung für Kommunen

STANDARDS

- 3** **Editorial**
Rudolf Schleyer,
Vorstandsvorsitzender der AKDB
- 43** **Vorschau**
Themen der Ausgabe 02|2019
- Impressum**



Ablese-App

Zählerablesung wird einfacher

Künftig immer App to date – mit der OK.FIS Ablese-App

Klemmbrett, Stifte und viele Zettel. Das Ablesen von Wasserzählern konnte manchmal ziemlich chaotisch sein. Dem sagt die AKDB mit der neuen Ablese-App nun den Kampf an!

Das AKDB-Finanzwesen bietet eine neue, einfache Lösung für jedes Tablet an. Dabei spart die App nicht nur Papierkosten, sondern überzeugt durch eine benutzerfreundliche und übersichtliche Bedienoberfläche. Die Vorbelegung der Daten innerhalb der App nimmt dem Mitarbeiter zeitraubende Arbeiten ab, automatische Berechnungen und Plausibilitätsprüfungen vermeiden zudem Erfassungsfehler. Weitere Extras, wie umfangreiche Such- und Filterfunktionen, machen die OK.FIS Ablese-App zu einer optimalen Arbeitshilfe!

Die Ablese-App ist eine ideale Ergänzung zur Wasserzählerwechsel-App. So wird der Arbeitsalltag von Wasserwarten künftig spürbar einfacher! ■

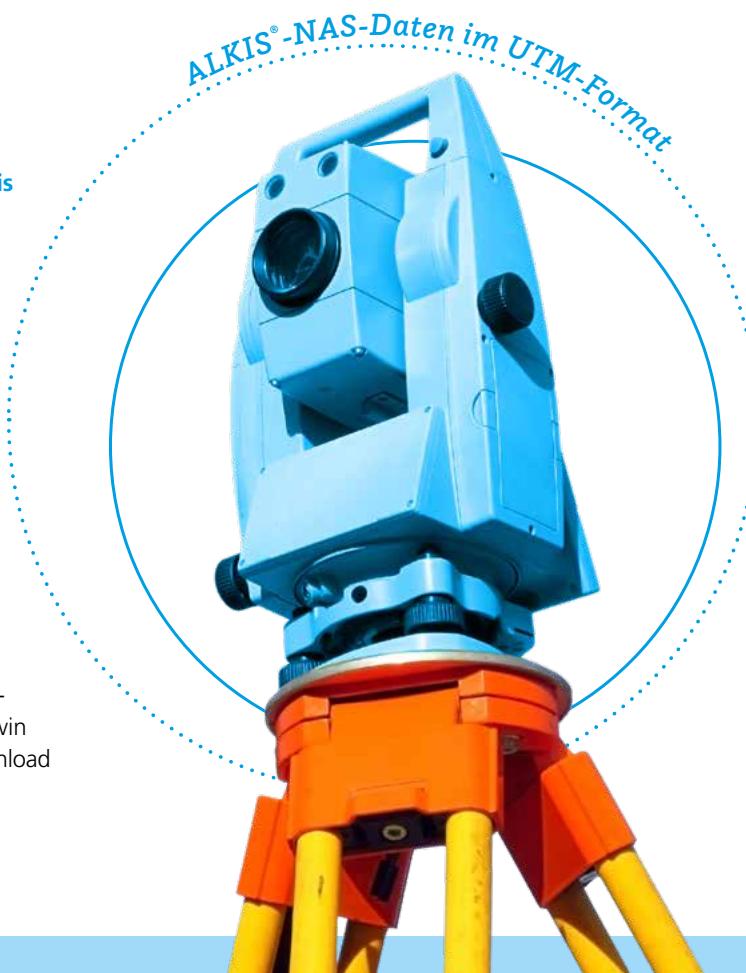
Umstieg auf UTM

Neu eingenordet ...

Die Verwaltungsgemeinschaft Ebrach aus dem Landkreis Bamberg war der erste AKDB-Kunde, der auf UTM umgestiegen ist. Die Ebracher stellten die Koordinaten ihres Geoinformationssystems bereits am 10. Januar auf das UTM-Format um.

Die Ebracher sind seit der zweiten Januarwoche für das neue System gerüstet. Für Bauämter in Bayern bedeutet die Umstellung, dass alle Kanal- und Wassernetzdaten, Bauleitpläne, Baumkataster oder ältere Luftbilder in das neue Koordinatensystem umgerechnet werden müssen. Aber erst, wenn die Bayerische Vermessungsverwaltung die neuen ALKIS®-NAS-Daten im UTM-Format an die Kommunen ausgeliefert hat.

Das ist Schritt für Schritt bis Ende Februar geschehen. Für die Umstellung auf UTM benötigen AKDB-Kunden aktuelle Programmversionen des TERA Objektmanagers bzw. von TERAwIn und w³GIS/komGDI. Diese stehen im Kundenportal zum Download zur Verfügung. ■



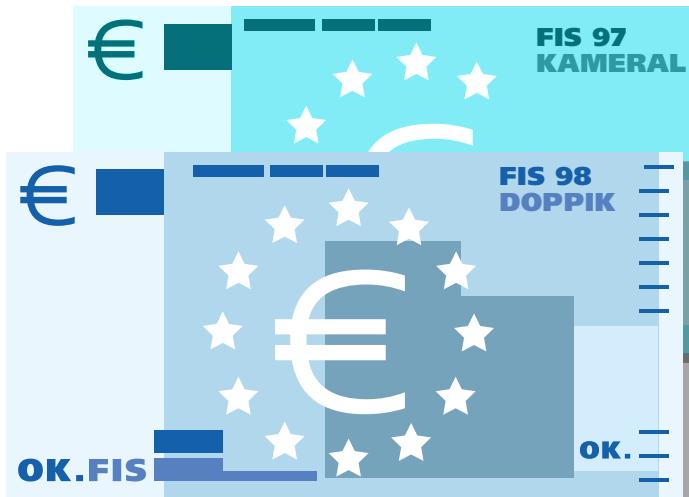
Im AKDB-Fortbildungsprogramm

Neues zur Umsatzsteuer

Nach der gesetzlich geforderten Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung kommt jetzt die Neuregelung des § 2b UStG, DSGVO und Umsatzsteuer-Neuregelung können dabei nicht getrennt voneinander betrachtet werden.

Bei der Sicherstellung einer korrekten Behandlung steuerlicher Sachverhalte, also auch der Umsatzsteuer, müssen auch datenschutzrechtliche Aspekte beachtet werden. In diesem Zusammenhang unterstützen die neuen Umsatzsteuer-Grundfunktionalitäten in der Finanzsoftware OK.FIS. Diese beinhaltet neben Einrichtung und Pflege der Stammdaten auch Meldungen und Korrekturen sowie weitere wichtige Funktionen.

Das Fortbildungsprogramm der AKDB bietet derzeit die Umsatzsteuer-Seminare fis 98 Doppik und fis 97 Kameral an, die Kunden und Interessenten mit den Neuerungen vertraut machen. ■



Melden Sie sich an, unter
www.akdb.de/seminare

Kundenfachtagungen TERAwin-BEI 2019

Beitragsabrechnung – immer aktuell

Guter Besuch, positive Resonanz: Die diesjährigen Kundenfachtagungen für TERAwin-BEI, dem AKDB-Verfahren für die Abrechnung grundstücksbezogener Beiträge, waren ein voller Erfolg. Insgesamt kamen über hundert Teilnehmer zu den beiden Veranstaltungen nach Würzburg und Landshut, diskutierten über interessante Themen und erlebten spannende Vorträge.



Hans-Peter Mayer vom Bayerischen Gemeindetag erläuterte in einem fachkundigen und launigen Vortrag „Kompensation der Straßenausbaubeiträge“ anschaulich die Konsequenzen des seit April 2018 geltenden Verbots, Straßenausbaubeiträge zu erheben.

Seit Januar 2018 versandte Straßenausbaubeitrags- oder Vorauszahlungsbescheide müssen aufgehoben und bezahlte Beiträge zurückgezahlt werden. Die Kommunen haben unter bestimmten Voraussetzungen einen Erstattungsanspruch gegenüber dem Freistaat Bayern. Künftige Straßenausbaumaßnahmen fördert der Freistaat durch sogenannte Straßenausbaupauschalen aus Mitteln des kommunalen Finanzausgleichs. Ingeborg Schmitt von der AKDB zeigte, wie Aufhebungsbescheide, Rückzahlungen und Spitzabrechnungen mit TERAwin-BEI erstellt werden können. ■

Hans-Peter Mayer vom Bayerischen Gemeindetag (hier im Landratsamt Würzburg, ganz oben links) bei seinem Vortrag über Straßenausbaubeiträge. Die Software TERAwin-BEI der AKDB unterstützt Kommunen bei den Folgen des Beitrags-erhebungsverbots.



Techniktage 19. März bis 15. Mai

Sichere IT im digitalen Wandel

Welche Auswirkungen hat die Digitalisierung auf den kommunalen IT-Betrieb? Wie kann die AKDB gemeinsam mit der LivingData GmbH dabei unterstützen, diese neuen Herausforderungen zu meistern?

Antworten gibt's auf der Veranstaltungsreihe Techniktage sowie auf der Hausmesse Unterfranken in Würzburg. Vom 19. März bis zum 15. Mai 2019 zeigen AKDB und LivingData an zehn Terminen in ganz Bayern Lösungen. Sie informieren, wie die IT-Infrastruktur einschließlich Anwendungen, Datenbanken und Betriebssystemen effizient betrieben wird – und dies immer unter Gewährleistung von Datenschutz und Informationssicherheit. ■

Einige Termine kommen bestimmt noch infrage: Kommunale IT-Spezialisten melden sich am besten gleich unter www.livingdata.de an. Dort sind alle wichtigen Informationen sowie die Agenda der Veranstaltungsreihe zu finden.

Die AKDB beim Zukunftskongress Bayern

Lösungen für eine digitale Heimat

Auf dem 5. Zukunftskongress Bayern, der Anfang Februar in München stattfand, präsentierten AKDB-Experten zwei wichtige Aspekte bei der Digitalisierung kommunaler Verwaltungen: Online-Bürgerdienste und E-Rechnung.

„Unsere Wirtschaft, unser Wohlstand und unser demokratisches Miteinander hängen vom Gelingen der digitalen Transformation ab“, stellte die Bayerische Staatsministerin für Digitales, Judith Gerlach, in ihrer Keynote klar. Gerade durch das Onlinezugangsgesetz rücken Kommunen, die 90 Prozent der Verwaltungsleistung stemmen, als Hauptansprechpartner für Bürger und Unternehmen in den Fokus.

Zwei entscheidende Treiber auf dem Weg in die Digitalisierung kommunaler Verwaltungsprozesse beleuchteten die Experten der AKDB in ihren Impulsvorträgen. Darin ging es um Online-Bürgerdienste, interoperable Bürgerportale, das einheitliche Servicekonto sowie das E-Rechnungswesen. Ein ausführliches Interview zur E-Rechnung finden Sie auf Seite 12. ■

Zukunftskongress Bayern: Torsten Frenzel, E-Government-Experte der AKDB, bei seinem Vortrag über Online-Bürgerdienste





DATABUND-Forum
2019: Moderator
Johannes Endres, DATA-
BUND-Vorstandsvorsitz-
zender Stephan Hauber,
AKDB-Vorstandsvorsitz-
zender Rudolf Schleyer
sowie Prof. Dr. Andreas
Engel (von links)



Die AKDB beim DATABUND-Forum in München

E-Government und Wettbewerb

Am 21. und 22. Februar fand in München das DATABUND-Forum 2019 statt. Im Fokus: die Frage nach neuen Konzepten fürs E-Government in Deutschland. Der AKDB-Vorstandsvorsitzende Rudolf Schleyer diskutierte über Interoperabilität und Wettbewerb.

Nur ein vom freien Wettbewerb geprägter Markt bringt die Innovationen hervor, die in Deutschland nötig sind, um bei der Digitalisierung der Verwaltung voranzukommen. Und von denen Bürger ebenso wie die Kommunen profitieren. Dafür plädierte Rudolf Schleyer, der beim DATABUND-Forum an der Diskussi-

onsrunde zum Thema Wettbewerb im E-Government teilnahm. Er setzte sich dezidiert für Interoperabilität und offene Schnittstellen zwischen Portalen und Verfahren ein. Eine Verweigerung würde die Digitalisierung nur behindern und einer wenig sinnvollen Zentralisierung Aufwind verleihen.

Anders sei es bei hoheitlichen Tätigkeiten, die dem Wettbewerb aus Gründen der Rechtsstaatlichkeit nicht zugänglich sind. Dann müsse der IT-Betrieb in öffentlich-rechtlicher Hand verbleiben, so Schleyer. ■

Judith Gerlach, Bayerische Staatsministerin für Digitales

Die digitale Transformation – Chance für die öffentliche Verwaltung



© Bayerisches Staatsministerium für Digitales

Gastbeitrag von
Judith Gerlach.
Sie ist seit November
2018 Bayerische
Staatsministerin
für Digitales.

Bei uns in Bayern sollen die Daten laufen und nicht die Bürger. Den Bürgerinnen und Bürgern ihre Behördengänge so leicht wie möglich machen – das ist mein Ziel. Wo immer möglich, bin ich daher für Webportale statt Wartemarken, für Algorithmen statt Amtsschimmel.

Dienstleistungsorientiert, einfach und rund um die Uhr erreichbar – so sieht Verwaltung der Zukunft aus. Gerade unsere Kommu-

nen sind nahe am Bürger, das Gesicht der Verwaltung. Unsere Kommunen profitieren von unseren zentralen E-Government-Basisdiensten für digitale Authentifizierung, Kommunikation und digitales Bezahlen.

Die Digitalisierung ist ein Megatrend unserer Zeit, sie verändert unser Leben im privaten und wirtschaftlichen Bereich drastisch. Die Politik kann dabei nicht abseitsstehen. Das neue Staatsministerium für Digitales steht für die Entschlossenheit der Bayeri-

schen Staatsregierung, die digitale Welt mitzugestalten und digitale Chancen für alle im Sinne unserer sozialen Marktwirtschaft zu schaffen. Mit unserer Strategie BAYERN DIGITAL und neuen Investitionen in Höhe von sechs Milliarden Euro machen wir den Freistaat zur Leitregion der digitalen Zukunft.

Dabei kommen Staat und öffentlicher Verwaltung wie so oft eine Vorbildrolle zu. Unsere Behörden und Kommunen im Freistaat werden immer mehr zu digitalen Organisationen. Wie gut, dass dabei auf die tatkräftige Unterstützung der AKDB gezählt werden kann. Ein herzliches Vergelt's Gott dafür.

Wir sind in Bayern bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes ganz vorne mit dabei: Zwölf von 14 Themenbereichen im Digitalisierungsprogramm werden von uns begleitet, die Interoperabilität der Servicekonten zwischen den Ländern ist „made in Bavaria“ und mit unserem BayernPortal haben wir schon heute über 1.900 Kommunen, das sind rund 90 Prozent aller bayerischen Kommunen, die Online-Services anbieten. Das Portal verzeichnet monatlich etwa 280.000 Zugriffe, 96.000 Servicekonten wurden bereits angelegt.

Digitale Verwaltung heißt für mich: mehr Bürgernähe und Behördengänge so einfach wie möglich machen. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Angleichung der Lebensverhältnisse von Stadt und Land und auch zur Barrierefreiheit. So müssen Menschen in ländlichen Räumen oder Menschen mit Behinderung nicht mehr so weite und unbequeme Wege auf sich nehmen, um simple Verwaltungsvorgänge zu erledigen; sie können nun ganz bequem und rund um die Uhr per Mausklick beispielsweise Wohngeld beantragen oder ihr Kfz abmelden.

Der Freistaat Bayern will schon bis Ende 2020 die wichtigsten Services online zur Verfügung stellen. Dafür haben wir das Pilotprojekt „Digitallabor“ gestartet: Wir entwickeln die digitale Verwaltung von morgen gemeinsam mit den Nutzern: den Bürgern, den Unternehmen und den zuständigen Mitarbeitern in den Verwaltungen. Derzeit gehen sieben Landkreisverwaltungen aus allen Regierungsbezirken in dem Pilotprojekt voran. Zum Beispiel stellen wir den Landkreisen einen digitalen Werkzeugkasten zur Verfügung. Damit können sie die bisherigen Anträge und Formulare in Webformulare umwandeln. So wird Verwaltung einheitlicher, schneller, effizienter und bürgerfreundlicher.

Wir wollen bis 2030 die Verwaltung in Bayern durchgängig digital aufstellen, indem alle Beteiligten an einem Strang ziehen – im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, aber auch im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Behörden. Es gibt viel zu tun, packen wir's an! ■

„Behörden und Kommunen im Freistaat werden immer mehr zu digitalen Organisationen. Wie gut, dass dabei auf die tatkräftige Unterstützung der AKDB gezählt werden kann. Ein herzliches Vergelt's Gott dafür.“

Judith Gerlach, Bayerische Staatsministerin für Digitales



Die E-Rechnung: Treiber der Digitalisierung in Kommunen

Europa beginnt mit der E-Rechnung

Ab April 2020 müssen Länder und Kommunen in Deutschland E-Rechnungen entgegennehmen, verarbeiten und revisionssicher ablegen. Lässtige Pflicht oder eher Riesenchance? Die E-Rechnung ist viel mehr als ein Puzzlestück beim Großprojekt Digitalisierung. Sie ist das Herzstück – sagt Holger Gehringer, stellvertretender Leiter des Geschäftsfelds Finanzwesen bei der AKDB und Referent beim 5. Zukunftskongress Bayern. Wir haben ihn gefragt, wie sich Kommunen vorbereiten können und was die E-Rechnung für Europa bedeutet.

Herr Gehringer, haben kommunale Vertreter Bedenken bezüglich der E-Rechnung?

HOLGER GEHRINGER: Nein. Ich stelle aber fest, dass einige die E-Rechnung noch oft als Insellösung wahrnehmen, ein Produkt, das sie kaufen müssen. Manche denken auch: Ich bekomme eine E-Rechnung, drucke sie aus, prüfe sie, schreibe mein Kürzel drauf, buche die Anordnung und lege sie im Aktenordner ab. Dabei ist die E-Rechnung nur ein Teil eines größeren Digitalisierungsprojekts, das jede Kommune angehen muss. Und wovon sie mittelfristig profitieren wird. Dazu muss die Verwaltung aber Arbeitsprozesse analysieren und manchmal überdenken. Und das ist eigentlich die größere Herausforderung.

Das heißt?

Die E-Rechnung geht ja einen langen Weg, bevor sie archiviert wird. Und der ist in jeder Kommune etwas anders. Deswegen rate ich kommunalen Verwaltungen: Analysiert zuerst eure analogen Prozesse. Erst danach könnt ihr entscheiden, welche davon ihr auf digital umstellen wollt.

Wie sähe denn ein idealer Rechnungsworkflow überhaupt aus?

Damit er sein ganzes Potenzial entfaltet, sollte der gesamte Rechnungsworkflow digitalisiert werden. Dazu braucht man ein digitales Dokumentenmanagementsystem. Oder zumindest ein digitales Postfach: Die E-Rechnung geht im zentralen Posteingang ein, das DMS erkennt, ob es sich um eine Rech-



nung handelt – und nicht etwa um einen Widerspruch zu einem Steuerbescheid oder einen Antrag für eine Baugenehmigung –, dann erfolgen Prüfung, Vorkontierung, Erstellung der Anordnung, Mittelfreigabe, Buchung und Ablage. Einige Kommunen werden weniger Schritte festlegen, andere mehr. Die Weichen schon heute zu stellen, ist allerdings die Aufgabe aller Kommunen. Dabei berät die AKDB umfassend.

Welche Vorteile ergeben sich, wenn dieses Mammutwerk vollbracht ist?

Sehr viele, daher ist der Aufwand relativ zu sehen. Denn dadurch, dass Daten in digitaler Form abspeichert werden, können kommunale Mitarbeiter irgendwann auch auf Knopfdruck Auswertungen vornehmen: Durch die digitalisierte Vorkontierung erkennt die Kämmerei auf einen Blick, wie viel die Wartung der Turnhallen oder aller Grünanlagen insgesamt jährlich kostet. Fürs Controlling ist das ein nützliches Instrument. Der Kämmerei weiß, wer wann welche Rechnung bearbeitet und freigegeben hat.



Holger Gehringer, stellvertretender Leiter des Geschäftsfelds Finanzwesen ist sich sicher: Die E-Rechnung wird die Digitalisierung der Kommunen beschleunigen.

Der Prozess wird also nicht nur schneller, sondern auch transparenter?

So ist es. Ein weiterer Vorteil: Zukünftig wird mehr Telearbeit möglich sein. Sobald das Innenministerium die Software-Zertifikate als zulässig erklärt – und das wird bald sein –, kann man die unterschiedlichen Schritte sogar per Smartphone bestätigen. Jeder verantwortliche Mitarbeiter kann so von überall aus sein elektronisches Siegel anbringen. Das würde Kommunen als Arbeitgeber sehr attraktiv machen.

Das klingt toll. Aber bevor die elektronische Rechnung eingeht, gibt es immer noch analoge Prozesse. Was ist die Lösung?

Das ist genau eines unserer zentralen Argumente. Digitalisierung ist ein ganzheitlicher Prozess, der die gesamte Organisationsstruktur einer Verwaltung betrifft. Tatsächlich müsste etwa die Beauftragung ebenfalls digital erfolgen. Bei der Finanzsoftware OK.FIS ist das möglich: Da wird der Auftrag angelegt. Wenn Sie etwa den Gärtner im September beauftragen, damit er einen Monat später Ihre Grünanlagen winterfest macht, sind die Mittel schon bei Auftragsvergabe gebunden. Wenn dies digital passiert und in der E-Akte abgelegt wird, weiß man schon bei Beauftragung automatisch, wie viel Geldressourcen bleiben. Wird dies nicht digital erfasst, erlebt man eventuell eine böse Überraschung – wenn das Geld bereits für andere Dienste ausgegeben wurde. Also ist die Digitalisierung im Finanz- und Rechnungswesen wichtig fürs Controlling und für den Forecast. Denn alles ist zentral in der E-Akte einsehbar.

Wagen wir einen Blick über den Tellerrand: Was bedeutet die E-Rechnung im europäischen Kontext?

Ich bin überzeugt, dass die E-Rechnung zu mehr Austausch von Dienstleistungen in Europa führen wird. Europaweite Ausschreibungen sind heute schon dank Digitalisierung leichter. Da ist es nur folgerichtig, dass auch Rechnungen ebenfalls digital normiert versendet und empfangen werden. Die Vorteile durch Zeit- und Kostensparnisse werden Europa insgesamt wettbewerbsfähig machen. ■

eIDAS und Authentifizierungssysteme

Erika Mustermann geht auf Reisen ...

eIDAS: fünf Buchstaben, die wirtschaftliches Wachstum in Europa versprechen. Und bis zu 3,8 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze. Aber was ist eIDAS genau – englisch für electronic IDentification, Authentication and trust Services – und warum birgt die grenzüberschreitende, europaweit einsetzbare elektronische Identifizierung solch großes Potenzial für Bürger und Wirtschaft? Und vor allem: Wo steht Europa bei diesem großen Digitalisierungsprojekt? Eine Bestandsaufnahme.





Als deutscher Bürger oder deutsches Unternehmen in Italien, Frankreich, Estland ein Gewerbe anmelden oder Steuern erklären, einen Kredit beantragen, Verträge zeichnen oder ein Auto anmelden: Das soll bald auch online möglich sein. Und zwar EU-weit. Voraussetzung ist, dass Bürger und Unternehmen sich fälschungssicher online ausweisen können. **Der erste Schritt** in diese Richtung erfolgte mit der eIDAS-Verordnung, die seit 2016 anzuwenden ist. Die Verordnung schafft einheitliche Regelungen für elektronische Signaturen, Siegel, Zeitstempel, Einschreiben und Webseiten-Zertifikate.

In einem **zweiten Schritt** mussten EU-Mitgliedstaaten ihr nationales eID-System notifizieren, also anmelden. Die ausgegebenen Identifizierungsmittel mussten anschließend nach einem Peer-Review-Verfahren von anderen EU-Mitgliedstaaten anerkannt werden. Bisher hat Deutschland als Erstes, danach Italien, Spanien, Kroatien, Luxemburg und Estland diese Notifizierung des elektronischen Identitätsnachweises eID abgeschlossen.

Der dritte Schritt: Seit dem 29. September 2018 begann die EU-weite Anerkennung von notifizierten elektronischen Identifizierungssystemen. Konkret heißt das für deutsche Bürger, die einen Personalausweis mit eID-Funktion einsetzen: Seit September 2018 sind alle anderen EU-Mitgliedstaaten verpflichtet, ihre eigenen Verwaltungsverfahren für die deutsche Online-Ausweisfunktion zu öffnen. Als deutscher Bürger in Italien oder Spanien ein Auto abzumelden oder eine Meldebescheinigung zu beantragen, sollte ab diesem Zeitpunkt theoretisch möglich sein.

E-Government darf nicht mehr an der Grenze enden

Voraussetzung für diese „Freigabe“: hohe Sicherheitsstandards bei der Authentifizierungsmethode. Es muss also garantiert werden, dass die allseits bekannte Erika Mustermann, geborene Gabler, auch tatsächlich die ist, für die sie sich ausgibt! Damit E-Government also nicht mehr an der Grenze endet, engagierte sich die AKDB im EU-Projekt TREATS (TRans-European AuThentication Services) für eine prototypische eIDAS-Umsetzung, d. h. für eine entsprechende Realisierung der notwendigen Komponenten und Dienste.

Es sollte die Interoperabilität zu europäischen eID-Infrastrukturen herbeigeführt werden. Die AKDB verfolgte dabei den Ansatz, ohne vorherige Registrierung eines Servicekontos eine nationale eID im Portalverbund auszuwählen. Getestet wurde der Prototyp bereits mit der österreichischen Bürgerkarte. Dabei stießen die Projektbeteiligten auf Herausforderungen jenseits der Technik: Die Anwendungen bzw. Fachdienste unterliegen nämlich häufig einer Gesetzeslage, welche die eIDAS-Konformität noch nicht kannte. Wie soll man zum Beispiel mit fehlenden Attributen umgehen, die der Mindestdatensatz einer eID nicht enthält? Müssen sie manuell nacherfasst werden? Das heißt: eIDAS hat Auswirkungen auf jedes Online-Behördenverfahren. Im Laufe des Jahres 2019 werden nun die Anwendungen des Bayerischen Portalverbunds eIDAS-fähig gemacht.

Registermodernisierung: die Voraussetzung für das Once-Only-Prinzip

Darüber hinaus ist die AKDB in diversen Arbeitsgruppen der Vitako vertreten, die sich unter anderem mit dem EU-Führerschein, der Elster-Anbindung an das einheitliche Nutzerkonto oder der Registermodernisierung beschäftigen. Letztere ist Voraussetzung für das Once-Only-Prinzip. Eine neu gestaltete Registerlandschaft in Deutschland, im Einklang mit dem Datenschutz, ermöglicht es Bürgern und Unternehmen, ihre Daten für Verwaltungsvorgänge nur noch einmalig anzugeben, statt wie bisher für verschiedene Anliegen immer wieder dieselben Daten einreichen zu müssen. Der nächste Schritt in Richtung europäischer digitaler Binnenmarkt wäre dann Once-Only-2.0: Unter Zustimmung des Bürgers werden die vorhandenen Daten auch Vertragspartnern des Bürgers zugänglich gemacht. So könnte künftig eine Hausverwaltung die Ummeldung eines Bürgers nach einem Umzug selbst durchführen. ■

Seit September 2018 sind alle anderen EU-Mitgliedstaaten verpflichtet, ihre eigenen Verwaltungsverfahren für die deutsche Online-Ausweisfunktion zu öffnen.

Vernetzte Register

Schluss mit doppelt und dreifach!

Geburts-, Heirats- oder Sterbeurkunden – sie alle werden zu Dokumentationszwecken in Personenstandsregistern gehalten. Und zwar dezentral. Ein moderner, agiler Staat muss Bürgern aber einen unkomplizierten, schnellen und dennoch sicheren Zugriff auf Daten gewähren. Die Lösung: perfekt miteinander vernetzte dezentrale Register. Die AKDB macht sich dafür stark. Sie bietet seit gut zehn Jahren Lösungen für Behörden und Bürger.

Wer heiratet, braucht Mut. Was Brautleute häufig etwas einschüchtert, ist der hohe bürokratische Aufwand. Etwa beim Anfordern von Geburts- oder Personenstandsdaten. So muss bei der Anmeldung zur Eheschließung unter anderem eine aktuelle Abschrift aus dem Geburtsregister vorgelegt werden. Das sind bereits zwei Behördengänge – und zwei Dokumente. Für Bürger und Behörde wäre es einfacher, wenn das Standesamt selbst im Geburtsregister den Eintrag prüft und keine Urkunde mehr vorgelegt werden müsste. Ein Behördengang – ein Dokument.

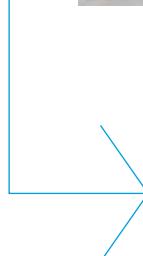
Kosten sparen – Bürgerämter entlasten
 Bei jeder Bürgeranfrage könnte das zuständige Amt so auf sämtliche freigegebene Register zugreifen. Das spart Zeit und Mühe. Und ist im Sinne des Once-Only-Prinzips, das die EU mit Kraft vorantreibt: Gewisse Standardinformationen werden dann nur einmal eingegeben und von allen berechtigten Behörden genutzt. Dasselbe gilt für den Zensus. Statt bei jeder Behörde mühsam Daten einzutreiben, könnten Melderegister für diesen Fall „freigegeben“ werden. Das Ziel: ein europäischer Daten-Binnenmarkt, der die Datensicherheit vollständig gewährleistet. Und ein besserer, schnellerer, kostensparenderer Bürgerservice. In einigen Ländern ist das bereits Realität. In Dänemark

etwa sind Basisinformationen frei verfügbar, für jedermann und für alle Behörden auf Basis von neun verknüpften Registern – gemäß der dortigen Rechtslage, mit Deutschland aktuell nur bedingt vergleichbar. Die geschätzten Kosteneinsparungen jedes Jahr belaufen sich dort auf 100 Millionen Euro.

Die Lösung ist nicht der mühsame Aufbau eines neuen, zentralen Melderegisters, sondern die Vernetzung und Interoperabilität bestehender und vor allem sicher geführter Register untereinander. Denn das ist durchaus möglich: Seit 2013 betreibt die AKDB in Bayern zum Beispiel das elektronische Personenstandsregister. Dabei kann das Standesamt eines Ortes auf die Register anderer Standesämter zugreifen. Bürger, die eine Personenstandsurkunde brauchen, können den Antrag bayernweit stellen. In Bayern sind heute über sieben Millionen Personenstandsurkunden hinterlegt und auf diese Weise abrufbar.

Registerübergreifende Auskunft von der AKDB

Seit über zehn Jahren können Meldeämter in Bayern neu hinzugezogene Bürger schneller registrieren: Die Zuzugsgemeinde kann den vorausgefüllten Meldeschein VAMS® benutzen. Dort sind bereits Daten aus der Umzugsgemeinde hinterlegt, eine erneute Eingabe ist nicht mehr erforderlich.



Kein zusätzlicher Behördengang wird nötig sein, die Register sind europaweit miteinander vernetzt – immer unter Berücksichtigung strengster Datenschutz- und Datensicherheitsrichtlinien.



Selbstverständlich funktioniert dieser Prozess nur, wenn strengste datenschutzrechtliche Regeln befolgt werden. Die anfragende Meldebehörde muss berechtigt sein, die Meldedaten zu benutzen. Diese Berechtigung erteilt ihr der Bürger selbst. Zusammen mit dem Authentifizierungszertifikat, das bei jeder Anfrage übertragen wird.

Ähnlich verhält es sich bei der Kfz-Zulassung: Bis heute gilt bei An- und Abmeldung eines Fahrzeugs das Wohnortprinzip: Anlaufstelle ist stets die örtlich zuständige Zulassungsbehörde des Landratsamtes bzw. der kreisfreien Stadt. Seit 2011 hat die AKDB in einigen Behörden die erweiterte Zuständigkeit möglich gemacht: Elf Kreisverwaltungsbehörden im südlichen Ober-

bayern haben sich zusammengeschlossen. So müssen heute Bürger Zulassungsvorgänge nicht unbedingt bei dem jeweils für sie zuständigen Amt erledigen. Es geht bei jeder einzelnen der teilnehmenden Behörden. Voraussetzung ist der gemeinsame Zugriff auf Registerdaten.

Von Rom nach München mit einem Klick
 In einem nächsten Schritt braucht der Bürger – oder das Unternehmen – nicht einmal mehr das Amt aufzusuchen. Die Anfrage wird einfach online gestellt. Auch hier ist eine sichere Authentifizierung das A und O. Und eine moderne, vernetzte Registerlandschaft. Das sähe dann so aus: Meldet sich ein europäischer Bürger in Zukunft aus Rom ab und will nach München ziehen,

dann macht er das fortan online aus einem Bürgerportal heraus. Dabei werden keine Dokumente ausgetauscht, sondern lediglich Daten. Das Versenden des Dokumentes bleibt Aufgabe und Recht der jeweiligen Behörde. Kein zusätzlicher Behördengang wird nötig sein, die Register sind europaweit miteinander vernetzt – immer unter Berücksichtigung strengster Datenschutz- und Datensicherheitsrichtlinien. In einem aktuellen Positionspapier unterstreicht die Bundes-Arbeitsgemeinschaft Kommunaler IT-Dienstleister VITAKO die Wichtigkeit dezentraler, miteinander vernetzter Register. Und betont, dass diese Lösung einem zentralisierten Register vorzuziehen ist. ■

Bayerische Kommunen bereiten mit OK.VOTE die Europawahl vor

Fit und sicher für Europa

Spätestens drei Wochen vor der Europawahl finden alle Unionsbürger in Deutschland die Wahlbenachrichtigung in ihrem Briefkasten vor. Doch die Vorbereitungen haben schon viel früher begonnen. Im Oktober 2018 hatten ausgewählte bayerische Kommunen bei den Landtagswahlen erstmals eine hochmoderne Software im Einsatz: OK.VOTE. Die Software trägt dabei auch den hohen Anforderungen beim Thema Sicherheit Rechnung.

Das Gewicht Deutschlands bei Europawahlen wird deutlich, wenn man sich ein paar Zahlen vor Augen führt: Als bevölkerungsreichstes Land in der EU stellt die Bundesrepublik 96 Abgeordnete von insgesamt 751. Am 26. Mai 2019 sind in Deutschland 63,6 Millionen Bürger dazu aufgefordert, ihre Stimme abzugeben. Rund 9,5 Millionen davon in Bayern. Anders als bei Bundestags- oder Landtagswahlen geben wahlberechtigte Bürger nur eine Stimme ab. Das macht die Auswertung zwar schneller und einfacher. Dafür ist der Weg, den die Daten gehen, wesentlich länger. Bei Europawahlen werden sie von der Kreiswahlleitung über die Landeswahlleitung zur Bundeswahlleitung weitergegeben. Diese nimmt dann die amtliche Bekanntgabe des vorläufigen Wahlergebnisses vor.

Gute Vorbereitung

Damit Wahlen reibungslos funktionieren, müssen die Wahlbenachrichtigungen rechtzeitig gedruckt und verschickt, das Wahlhelferteam aufgestellt und die Räumlichkeiten festgelegt werden. Am Wahltag werden die Wahlergebnisse so schnell und sicher wie möglich erfasst, weitergeleitet und in Echtzeit auf der Website der Kommune dargestellt. Um ihren Kunden weiterhin eine moderne Wahlsoftware anzubieten, hat die AKDB ihre Kompetenzen mit der vote iT GmbH gebündelt. Diese setzt das etablierte Wahlauswertungsverfahren votemanager in zwölf Bundesländern erfolgreich ein. Die AKDB passte das Produkt bayerischen Bedürfnissen an und vertreibt es jetzt im Freistaat unter dem Namen

OK.VOTE. Damit bei der Europawahl alles perfekt gelingt, wurde die webbasierte Software bereits bei den Landtags- und Bezirkswahlen im Oktober 2018 in 17 bayerischen Kommunen planmäßig eingeführt. Mittlerweile setzen etwa 900 bayerische Kommunen OK.VOTE ein, bundesweit nutzen über 1.600 Verwaltungen die zugrunde liegende Software votemanager.

Sicherheit hat höchste Priorität

Vor dem Hintergrund der steigenden Gefahr von Wahlmanipulationen kommt dem Thema Informationssicherheit eine immer größere Bedeutung zu. Diesbezüglich hat das bayerische Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) einen Maßnahmenkatalog für Kommunen erarbeitet. Dabei erfüllt die AKDB die strengen LSI-Sicherheitsrichtlinien, die in ihrem Verantwortungsbereich liegen. In diesem Zusammenhang bietet der Betrieb im BSI-zertifizierten Rechenzentrum ein besonders hohes Maß an Sicherheit.

Intuitiv bedienbar

Pilotkunden, die OK.VOTE zur bayerischen Landtagswahl einsetzen, zeigten sich mit Benutzeroberfläche und Bedienbarkeit zufrieden: „Die Dialoge zur Eingabe der Ergebnisse sind übersichtlich, die Auswertungsmöglichkeiten entsprechen amtlichen Mustern“, meinte Stefan Schneid von der Gemeinde Bernried in Niederbayern.

Überhaupt wird es immer wichtiger, dass Gemeinden und Landratsämter Bürgern so schnell und umfassend wie möglich Auswertungen und Ergebnisse der Wahlen

**Das Motto
lautet:
schnell
und flexibel
agieren und
auf neue
Bedürfnisse
eingehen.**



Sicherheit mit OK.VOTE

- bewährt und zuverlässig in der kommunalen Praxis
- entwickelt für Sicherheit und Zukunftsfähigkeit
- Software und Updates sind signiert und garantieren so Authentizität
- Daten sind bei der Ergebnisübertragung durch Verschlüsselungstechnik weder lesbar noch manipulierbar

OK.
VOTE

präsentieren. Immer mehr Bürger verfolgen die Ergebnisse der Wahlen tatsächlich online auf den Webseiten ihrer Heimatgemeinde.

Bereits im Blick:

Die Kommunalwahlen 2020 in Bayern

Da „nach der Europawahl vor der Kommunalwahl 2020“ bedeutet – zumindest in Bayern –, laufen die Vorbereitungen bereits. Für die Kommunalwahl werden Schulungstermine angesetzt und Handbücher aktualisiert. Bewährte Hilfen wie der Barcode-Lesestift kommen auch in OK.VOTE zum Einsatz. Ideen von Landkreisen und Gemeinden fließen mit ein, die AKDB implementiert weitere Neuerungen: So können sich etwa Wahlhelfer über das Bürgerservice-Portal bequem online registrieren. Das Motto lautet: schnell und flexibel agieren und auf neue Bedürfnisse eingehen. Und das geht nur im ständigen Kontakt mit den Kunden. ■

Auch bei den Europawahlen können Bürger selbstverständlich bequem von zu Hause aus Briefwahlunterlagen anfordern. Ganz einfach über das Bürgerservice-Portal!

Langzeitarchivierung mit KOALA

Wissen für Generationen

Die gesetzeskonforme, datenschutzkonforme Langzeitarchivierung von Dokumenten ist eine Wissenschaft für sich. Und angesichts der modernen Datenflut immer schwieriger. Mit KOALA gibt es eine Softwarelösung, die Komplexes einfach macht. Und somit ideal ist für kleine und mittlere Kommunen.

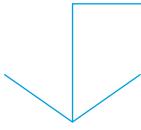
Verstaubt, grau und unspektakulär. So stellt man sich Stadtarchive vor. Aktenordner, die in Kellern vor sich hin modern. Wie wichtig diese Akten sein können, wird erst dann bewusst, wenn sie plötzlich weg sind. Letztes Jahr zum Beispiel vernichtete das Staatsarchiv in Hamburg sämtliche Todesbescheinigungen von 1876 bis 1953. Ein schlimmer, weitreichender Verlust. Denn darunter waren Daten von großem Wert für die historische Forschung über die Zeit von Bismarck bis Adenauer. Archive dienen dabei Bürgern als zuverlässige Informationsquelle. Kein Wunder, dass in vielen Ländern das Archivwesen in der Verfassung verankert ist. Auch in Deutschland ist jede Kommune verpflichtet, ein Archiv zu führen. Und das ist künftig immer öfter kein analoges mehr, sondern ein digitales.

Digitale Langzeitarchivierung: raus aus der Datenschutzfalle!

In Kommunen gibt es im „laufenden Betrieb“ klare gesetzliche Regelungen, was die Aufbewahrung von Unterlagen betrifft – etwa rechnungsbegründende Unterlagen im Finanzwesen oder Daten in elektronischen Personenstandsregistern. Doch was passiert nach Ende der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen? Danach müssen die Akten nach Datenschutzrecht vernichtet werden. Oder ins Langzeitarchiv überführt werden. Nach dem Archivrecht muss jede Akte dem Archivar zur Langzeitarchivierung angeboten werden. Er allein entscheidet, ob sie ins Langzeitarchiv aufgenommen werden soll. Doch welcher digitale Träger ist der beste

„Es ist so konzipiert, dass man Akten nach weltweit gleichen Kriterien ablegt. Und wiederfindet.“





Warum KOALA?

- **mehr Sicherheit als ein Papierarchiv**
- **raus aus der Datenschutzfalle nach Ende der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen**
- **modular aufgebaut**
- **intuitiv bedienbar**

Weitere Informationen unter
www.akdb.de/koala



und langlebigste? Tapes, DVDs oder Hard Disks haben überraschenderweise eine kurze Lebenserwartung. Nur fünf bis maximal dreißig Jahre. Und vor allem: Wie sollen die unterschiedlichen Dokumentenformate gespeichert werden? Ein buchstäblich unverwüstliches System stammt aus der Raumfahrt: Die NASA, die seit den 60er-Jahren Computer einsetzte, stand schon damals vor der Herausforderung, digitale Archive einzurichten. Und hat ein dynamisches, beliebig erweiterungsfähiges Langzeitarchivierungsmodell entworfen. Es ist das Prozessmanagement-System Open Archival Information System (OAIS, nach ISO Standard 14721:2012), das sich zum internationalen Standard gemausert hat. Digitale Archivalien werden dabei auf verschiedenen Trägern gespeichert – räumlich voneinander getrennt. Es ist so konzipiert, dass man Akten nach weltweit gleichen Kriterien ablegt. Und wiederfindet. Theoretisch auch nach Jahrhunderten. Ein hochkomplexes System, das nicht leicht zu managen ist. Und für die meisten Kommunen eine Herausforderung. Doch wie kann eine Kommune diese Standards und Vorgaben erfüllen?



KOALA für kleine und mittlere Kommunen

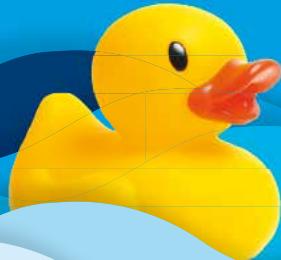
Hier kann KOALA eine Lösung sein. Das **Kommunale Archiv für Langzeitaufbewahrung**. Eine Prozessmanagement-Software, die einfach zu handhaben ist und Daten gleichzeitig nach dem international anerkannten OAIS-Referenzmodell verarbeitet. KOALA basiert auf der Software eines der führenden Hersteller für Archivierungssysteme in Europa. Es ist die Firma scope solutions ag, mit der die AKDB eine Partnerschaft eingegangen ist. Die modular aufgebaute Software ist vielfach im Einsatz. Etwa bei den Stadtarchiven München, wo bisher über 90.000 Urkunden – und insgesamt viele Terabyte Daten – damit archiviert, kontrolliert, gepflegt und alle fünf Jahre umgespeichert werden. KOALA kombiniert einige Module der webbasierten Software von scope solutions – und ist speziell auf den Bedarf kleiner und mittlerer Städte und Gemeinden zugeschnitten. Damit können Dokumente aus Dateisystemen oder durch Verscannen ins Langzeitarchiv überführt werden. Einfach durch Drag & Drop. Die Speicherung erfolgt im sicheren AKDB-Rechenzentrum, sodass sich Kommunen weder um Installationen, Updates, Datensicherung und Systemadministration noch um Hochwasser- und Brandschutz zu kümmern brauchen. Das spart eine Menge Zeit und Personalkosten. KOALA wird in Zukunft auch eine Web-Schnittstelle anbieten. Damit können Kommunen Dokumente aus dem Langzeitarchiv allen Bürgern öffentlich zur Verfügung stellen. Ganz im Sinne einer transparenten, bürgernahen Verwaltung. ■



Onlinezugangsgesetz

Mit dem Bürgerservice-Portal und ü
flächendeckenden Anschluss an mo

- Antrag Statusabfrage Ausweispapiere* ■ Antrag Meldebescheinigung* halb der Kommune*/kompakt* ■ Voranzeige einer Anmeldung* ■ Antrag Gewerbezentralregister* ■ Antrag Führungszeugnis* ■ Bürgerauskunft* ■ Meine Melddaten* ■ Wasserzählerstände* ■ Wunschkennzeichen* ■ Antrag auf Eintragung eines fabrikneues Fahrzeug* ■ An-, Um- und Abmeldung bzw. Umkennzeichnung Antrag auf Eintragung einer Technikänderung* ■ Antrag eines Ersatzes eines gebrauchtes Fahrzeug exportieren* ■ Medienbruchfreie Außerbetriebnahme* ■ Antrag zur allgemeinen Fahrerlaubnis: Ersterteilung*, Erweiterung, Verlängerung von Auflagen*, Umschreibung ausländische Fahrerlaubnis*, Übergabe einer Fahrerlaubnis um die Anträge Personenbeförderung*, Internationaler Lebenspartnerschafts*- und Sterbeurkunde* ■ Gewerbeanmeldung* ■ Abrechnung* ■ Ausweis-Auskunft* ■ SEPA Mandat/eSEPA ■ Kitapflicht* ■ Antrag auf Teilnahme an einem Ferienprogramm ■ Kontaktformular ■ Bescheid-Widerspruch* ■ Sichtung* ■ Antrag auf eine Sozialwesen*, Kinder*, Jugend*, Familie*, Abfallwirtschaft*, Ehrenamt* u. v. m.



und kein Land in Sicht?

ber 80 Fachdiensten sorgen wir für
dernes E-Government und das OZG.

gung* ■ Antrag Übermittlungssperren* ■ Anmeldung Umzug inner-
Antrag Briefwahlunterlagen PLUS mit QR-Code* ■ Antrag Auskunft
kunft* ■ Wohnungsgeberbestätigung* ■ Abmeldung ins Ausland*
hen* ■ Feinstaubplakette* ■ Bewohnerparkausweis* ■ Zulassung
zeichnung* ■ Bekanntgabe Namens- bzw. Anschriftenänderung* ■
tzdokumente* ■ Antrag eines Kurzzeitkennzeichens* ■ Neues oder
ebersetzung (i-Kfz 1)* ■ Medienbruchfreie Wiederzulassung (i-Kfz 2)*
g*, Umtausch in EU*, Neuerteilung*, Ersatz*, Verlängerung*, Ände-
Umschreibung Dienstfahrerlaubnis* ■ Erweiterung der allgemeinen
er Führerschein*, Fahrerkarte* ■ Antrag einer Geburts-, Heirats-,
* ■ Statusabfrage Bauantrag* ■ Online-Bewerbung* ■ E-Gehalts-
platz-Bedarfsanmeldung ■ Terminvereinbarung* ■ Formulardienst ■
scherer Dialog mit frei wählbaren Kategorien wie Ordnungswesen*,
amt*, Waffenrecht*, Mängel/Beschwerden, Brandschutz, Tourismus

* Diese Dienste sind nach OZG bis Ende
2022 verpflichtend digital anzubieten.
Ihr AKDB-Vertriebsberater weiß mehr...



Im Gespräch mit Siegfried Bittl, langjähriger Personaler bei der Stiftung Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt

„Das ist ja Durchschreibpapier!“



Ortstermin bei der Stiftungsverwaltung der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Draußen herrscht dichter Nebel, alles grau in grau. Dafür strahlt Siegfried Bittl in seinem Büro umso heller. Ein Gespräch mit einem in sich ruhenden Familienvater über Durchschreibpapiersätze, gute Rechenmaschinen von 1984 und warum man technisch auch mit Mitte fünfzig permanent am Ball bleiben sollte.

Siegfried Bittl ist berufsbedingt schon öfters umgezogen. Der Bereichsleiter Besoldung, Gehälter, Beihilfen erhielt dann das jeweils neueste technische Equipment, um seine Hauptaufgabe erfüllen zu können, nämlich Lohn- und Gehaltsabrechnungen nach gültigen gesetzlichen Bestimmungen durchzuführen. Aber eines wanderte immer mit: der Schreibtisch, mit dem Bittl noch heute zufrieden ist. Kein Grund, ihn auszutauschen, er hängt an ihm. „Den nehme ich mit in die Rente“, sagt Bittl augenzwinkernd.

Die Rente ist eigentlich noch gar kein rechtes Thema für Bittl. Seit über 40 Jahren ist er nun bei der Stiftung Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt tätig, am 1. September 1978 begann seine Ausbildung als Bürokaufmann. Ein echtes Urgestein. Bittl mag den Ausdruck gar nicht. Und tatsächlich, unter einem Urgestein erwartet man eigentlich keinen jung gebliebenen Mittfünfziger, dem man die sportliche Beteiligung in seinem Tischtennisverein gleich ansieht. Das ist sein großer Ausgleich zum Beruf. Dort ist er Spieler, Jugendtrainer und Vorstand in Personalunion: „Mir gelingt es ganz gut, die Arbeit im Büro zu lassen und abzuschalten.“



Mitarbeiter

Siegfried Bittl mit seinen Mitarbeiterinnen:
„Zum Glück kann ich mich auf ein kompetentes und zuverlässiges Mitarbeiterteam verlassen!“



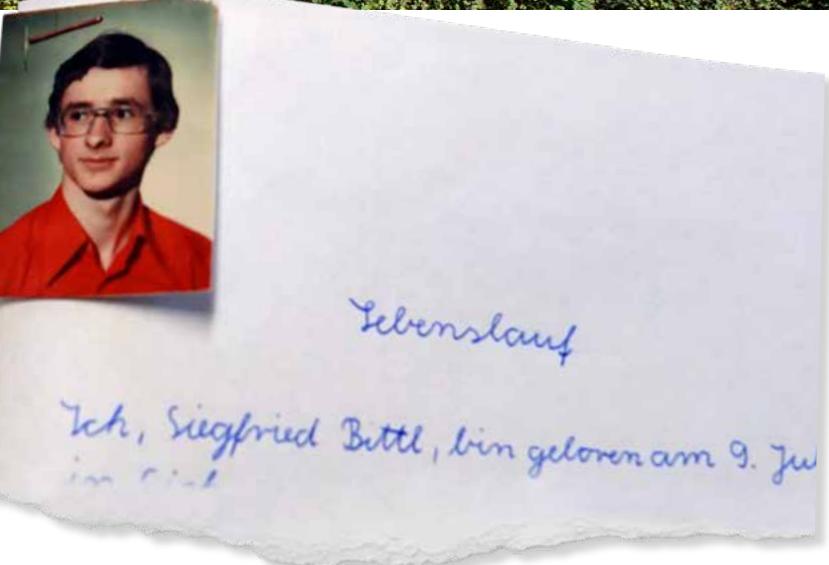
In der Personalakte findet sich alles:
der 16-jährige Siegfried Bittl
mit handschriftlicher Bewerbung.

September 1978: der erste Arbeitstag

„EDV in der Verwaltung gab es 1978 im Prinzip noch nicht, meine ersten Chefs konnten mit Computern nichts anfangen“, erinnert sich Bittl an seine Anfänge. Schon bald nach Einführung von PC und Rechnern setzte die Universitätsverwaltung auf die AKDB. Seit November 1978 nutzen die Eichstätter das zentrale Verfahren AKDB-PERS für die Lohn- und Gehaltsabrechnung, seit 2007 die Software OK.PWS für das gesamte Personalmanagement. Diese lange Beziehung hat Bittl weitgehend ungetrübt in Erinnerung: „Die AKDB hatte für alle Anliegen immer die richtige Lösung parat.“

Bittl lernte noch Stenografie in der Schule und er brauchte sie auch in der ersten Zeit: Sein Chef diktierte, er schrieb. Die erste Anekdote, von denen es einige gab, stammt

gleich von seinem ersten Arbeitstag: Der „Lehrling“ sollte Überweisungsträger für die Bank abtippen, Name und Betrag, zur Verfügung stand eine hochmoderne IBM-Kugelkopfmaschine. Bittl war sehr beeindruckt von den technischen Möglichkeiten; hatte man sich vertippt, konnte man den Fehler mittels Korrekturband rückgängig machen: „Herrlich, die Arbeit gefällt mir! Da komm' ich morgen wieder!“ Nach einiger Zeit merkte Bittl allerdings, dass diese Belege Durchschreibpapiersätze waren ...



**„Die AKDB hatte
für alle Anliegen
immer die richtige
Lösung parat.“**

Siegfried Bittl, Personaler bei der
Stiftung Katholische Universität
Eichstätt-Ingolstadt



**„Wenn man sich
technischen
Neuerungen
im Beruf nicht
mehr stellt,
färbt das ins
Privatleben ab.“**

Seinem Werdegang hat dieses Malheur nicht geschadet, Bittl ging seinen Weg, machte Karriere und leitet seit 2008 den Bereich Besoldung, Gehälter, Beihilfen. „Insgesamt war es ein großes Glück, dass meine Chefs stets größeren Wert auf Wissen gelegt haben als auf die Schulausbildung. Inzwischen sitzen in derartigen Positionen ja fast nur noch Akademiker“, weiß Bittl. In den 80er-Jahren bekam er einmal das Angebot für eine höher dotierte Stelle in der Buchhaltung. Das habe er damals abgelehnt, weil er nicht nur mit Zahlen zu tun haben wollte, sagt Bittl. Aber die Kombination von Menschen und Gehaltsrechnungen, das mache er noch heute gerne.

Änderungen annehmen, motiviert bleiben

Bittl ist eine Art moderner Verwaltungsheld – das trifft es besser als Urgestein –, der seit Jahrzehnten mit seinem Erfahrungsschatz und seinem profunden Wissen dem hektischen Zeitenwandel trotzt und dennoch

Büro

Siegfried Bittl in seinem Büro. Im Vordergrund die Triumph-Adler-Rechenmaschine von 1984.



mit der Zeit geht. Er selbst sieht sich vor allem als Dienstleister: „Ich versuche, immer alle Anliegen weitmöglichst umzusetzen“. Wenn etwa die neuen Verträge an den Eingabetafen ins System kommen, dann erhält der Beschäftigte sein Gehalt noch im selben Monat. Da müsse man sich in die Situation des Beschäftigten hineindenken, meint Bittl.

Immer motiviert am Ball zu bleiben, erfordere aber auch ein lebenslanges Lernen. Gerade im Bereich der Abrechnungstechnik ist die Entwicklung sehr dynamisch. Die IT helfe dabei enorm, auch angesichts der Herausforderungen durch den Gesetzgeber. Das Sozialversicherungsrecht ist an sich schon sehr komplex, die wissenschaftlichen Mitarbeiter wechseln zum Teil rasch ihre Stellen, die Personalstelle muss rechtliche Aspekte selbst prüfen. Verpassen die Sachbearbeiter Steuertermine, drohen Verzugszinsen, das wird relativ schnell ziemlich teuer. Als nächstes großes Projekt im Personalbereich wünscht er sich die elektronische Personalakte. „Wenn man sich technischen Neuerungen im Beruf nicht mehr stellt, färbt das ins Privatleben ab“, ist sich Bittl sicher, „dann braucht man irgendwann einen Techniker für den Sendersuchlauf am Fernseher.“

Zum Abschied zeigt Siegfried Bittl seine Triumph-Adler-Rechenmaschine von 1984. Man merkt, hier ist schon viel abgerechnet worden. „Die Maschine funktioniert hervorragend“, auf die Korrekturtaste ist Bittl besonders stolz. Er hält gerne an Altbewährtem fest. Wenn die Triumph-Adler den Geist aufgabe, na ja, dann rechne er halt mit dem PC. Auf die richtigen Ergebnisse – nur auf die komme es an! ■



*Einführung von Next Generation Outsourcing
bei der Gemeinde Graben*

Endlich frei vom IT-Betrieb

Seit Ende August 2018 läuft die gesamte IT der Gemeinde Graben bei Augsburg im Rechenzentrum der AKDB: Backup und Restore, Patchen, Updates und die gesamte Bereitstellung von AKDB- und Fremdverfahren. Sogar die PCs und Monitore werden von der AKDB-Tochter LivingData geliefert. Die Geschichte einer Befreiung.



Mehr Zeit für andere Verwaltungsaufgaben:
Das wünschten sich die Mitarbeiter der Gemeinde Graben.

Christoph Sättler kann sich noch genau erinnern, wie es war, bevor die Gemeinde ihren gesamten IT-Betrieb an die AKDB auslagernte und auf Next Generation Outsourcing umstellte: „Jedes Mal, wenn wir Updates ausgespielt haben, mussten wir befürchten, dass der Server streikt. Vergangenen März hat uns ein Software-Update den Domain Controller zerschossen ...“ Der IT-Betrieb wurde zunehmend zum Zeitfresser für den 33-jährigen Kämmerer, der nebenbei nicht nur für Liegenschaften, für das Ortsrecht, die kommunalen Versicherungen und das Feuerwehrwesen zuständig ist – sondern

auch noch für den Datenschutz. Im Rathaus arbeiten nur zwölf Mitarbeiter. Da passiert es schon mal, dass man mehrere Aufgabenbereiche übernehmen muss.

Entlastung bei gleichen Kosten

„Irgendwann war klar“, erinnert sich der Verwaltungsfachwirt, der seit seiner Schulzeit eine Leidenschaft für Informatik hat, „dass der IT-Betrieb im Rathaus mir kaum mehr Zeit für meine anderen Verantwortungsbereiche ließ. Hinzu kam, dass Microsoft mittlerweile seine Update-Versionen in immer kürzeren Abständen veröffentlicht. Alle sechs Monate eine neue Hauptversion bei Windows 10. Das ist ein Riesenaufwand, sie zu installieren.“ Schon seit Jahren stand die Entscheidung für ein Komplett-Outsourcing im Raum. Zuerst wandte sich die Gemeinde an einen lokalen Netzbetreiber. Und entschied sich letztlich gegen dessen Angebot. „Da wäre unser Server bei denen im Rechenzentrum gewesen. Mit den Fremdverfahren, dem Mailserver, dem Domain Controller ... Bei uns im Rathaus hätten wir nur die Clients gehabt.“ Das war der Gemeindeverwaltung zu heikel. Die Bandbreite war nicht groß genug. Was, wenn der Internetanschluss ausfiel?

Die Entscheidung für Next Generation Outsourcing fiel schließlich nach dem Besuch der Techniktage im Mai 2017, die AKDB und LivingData gemeinsam ausrichten.

Eine Vergleichsberechnung auf vier Jahre ergab: Die Kosten eines Next Generation Outsourcing-Betriebs waren nicht höher als der IT-Betrieb in Eigenregie. „Als wir dann meine Arbeitszeit auch noch in die Waagschale gelegt haben, sprach alles für Next Generation Outsourcing“, so Sättler, der seit 2005 in der Gemeinde Graben beschäftigt ist. Auch in der Gemeinderatssitzung gab es keinen Widerstand. Selbstverständlich mussten einige technische Grundvoraussetzungen geschaffen werden: Die Experten der LivingData machten eine Bestandsaufnahme: Gibt es genug Bandbreite für den Next Generation Outsourcing-Betrieb? Sind alle Fachverfahren bereits im Outsourcing-Rechenzentrum der AKDB? Gibt es eine unterbrechungsfreie Stromversorgung? Wie leistungsfähig sind die Anschlüsse? Wie sieht die Verkabelung aus?

„Was uns noch fehlte“, so Sättler, „war eine zusätzliche Internetleitung, um die nötige Bandbreite für Wartung und Backup zu garantieren. Außerdem haben wir alle Anschlüsse und eine Glasfaserleitung vom Obergeschoss in den Keller verlegt.“ Jetzt hat die Internetleitung ins Rechenzentrum der AKDB eine Upload-Leistung von 40 Mbit pro Sekunde. Genug, um das gesamte Backup, Recovery, Patchen sowie Software-Updates von AKDB- und Fremdverfahren zentral aus dem AKDB-Rechenzentrum zu managen.



Kämmerer Christoph Sättler kann sich endlich ganz der Einführung der E-Rechnung widmen.

In fünf Tagen auf Next Generation Outsourcing umgestellt

Die Umsetzung des Next Generation Outsourcings ging dann erstaunlich schnell, erinnert sich Sättler. Insgesamt dauerte der Prozess eine Arbeitswoche Ende Juni 2018. „An einem Tag haben die Techniker der LivingData alle Geräte angeliefert – NAS, Monitore usw. Die wurden hier im Sitzungssaal gelagert. An einem weiteren Tag wurde der neue Server aufgesetzt, die Clients vorbereitet, Laptops, PCs sowie Monitore in den Büros installiert. Dann wurde der Server gewechselt, die Clients verteilt. Und schließlich hat die LivingData am letzten Tag die Drittanbieter-Software migriert.“ Das Beste: All das passierte während des normalen Verwaltungsbetriebs. Vollkommen unterbrechungsfrei. „Die Bürger haben nichts mitbekommen“, so Sättler.

Probleme? „Keine größeren Zwischenfälle“, konstatiert der Kämmerer von Graben. „Wobei: Nach der Umstellung hatten wir es versäumt, den Mitarbeitern ihr neues Zugangspasswort mitzuteilen. Das gab ein wenig Verwirrung. Und bei der Wiederherstellung der Postfächer gab es eine Duplikation der Mails. Das musste bereinigt werden. Und einmal funktionierte kurzzeitig der Fernzugang vom Rechenzentrum nicht mehr. Da ist aber innerhalb von zwei Stunden der Techniker der LivingData gekommen und hat alles gelöst.“ Einen Rat hat er an alle verantwortlichen Kommunalmitarbeiter, die sich für Next Generation Outsourcing entscheiden: In der Woche der Umstellung sollten sie nebenher nichts anderes machen.

Endlich gut schlafen

Eins steht für Christoph Sättler fest: Er würde den Schritt zweifelsfrei wieder tun. Endlich ist ihm eine große Last von den Schultern genommen worden. Der gesamte Betrieb, inklusive Backup, Recovery, Dokumentations-service, Software-Updates, Virenschutz, Monitoring und Plattform-Management, läuft aus dem AKDB-Rechenzentrum. Ausfälle oder Downtimes während Software-

Updates sind Schnee von gestern. Bei Problemen genügt ein Anruf bei der Hotline. Aber meistens werden Probleme behoben, noch bevor sie entstehen. Das Lösungswort lautet: proaktives IT-Management. Selbst die Hardware ist immer auf dem allerneuesten Stand. Denn die Gemeinde hat sich für den Tech-Refresh-Dienst entschieden: Alle vier Jahre bekommt sie neue Monitore, PCs und einen neuen Server von der LivingData geliefert. Die entsorgt gleichzeitig die alten Geräte. „Endlich kann ich abends abschalten und ruhig schlafen. Früher bekam ich manchmal um sechs Uhr in der Früh automatisierte Notfall-Mails von der Betriebsmanagement-Software. Richtig entspannt war ich damals nie – auch nicht in der Freizeit.“

Außerdem kann sich der Kämmerer endlich um angestaute Aufgaben kümmern. „Die Einrichtung des Bayern-WLAN zum Beispiel. Oder die Installation der Panik-Alarm-Software, falls unsere Mitarbeiter bedrängt oder angegriffen werden. Und vor allem die Digitalisierung der Finanzverwaltung!“ Die Einführung der E-Rechnung steht nämlich ganz oben auf seiner Prioritätenliste. ■

**Sein
Lösungswort
lautet:
proaktives IT-
Management!**

**Christoph Sättler,
Verwaltungsfachwirt in
der Gemeinde Graben**



Stärken bündeln: in der Mitte Christoph Sättler, Kämmerer der Gemeinde Graben, mit Robert Schmid (links) und Thomas Meyer, beide AKDB.

Wunschkennzeichen reservieren

Soll es ein Namenskürzel sein? Oder das Geburtsdatum eines Kindes? Die meisten Fahrzeughalter möchten ihr individuelles, leicht erkennbares Autokennzeichen. Kein Wunder, dass dieser Service mit 582.000 Vorgängen im Bürgerservice-Portal der meistgenutzte Online-Dienst rund ums Fahrzeug ist. Das Wunschkennzeichen kann direkt in eine Maske online eingegeben und per Klick an die Behörde verschickt werden.

Seit Oktober
2014

Bewohnerparkausweis beantragen

In besonders verkehrsreichen Teilen von Städten haben Bewohner die Möglichkeit, eine Sonderparkberechtigung zu beantragen. Der Antrag, der das Dauerparken garantiert, kann über das BürgerService-Portal gestellt werden.

Seit November
2014

i-Kfz 1 – Außerbetriebsetzung

Keine Anfahrtswege, keine Wartezeiten. Stattdessen können Bürger per Mausklick ihr Fahrzeug abmelden. Ohne persönlich bei der zuständigen Behörde zu erscheinen. Voraussetzung dafür sind ein elektronischer Personalausweis mit eID-Funktion und die neuen freilegbaren Sicherheitscodes, die sich bereits auf Kennzeichen und Zulassungsbescheinigung Teil I (Fahrzeugschein) befinden. Häufigster Fall ist der Verkauf des Fahrzeugs. Der Vorteil: Bis ein neuer Käufer gefunden ist, werden so Kfz-Steuer und Versicherung gespart.

Seit Januar
2015

Die wichtigsten Online-Dienste rund ums Auto

Klicken und losfahren

Bald ist es so weit: Ende des Jahres soll i-Kfz Stufe 3 operativ sein! Angepeilt ist der 1. Oktober 2019. Konkret bedeutet das: Der gesamte Zulassungszyklus eines Fahrzeugs kann ab diesem Zeitpunkt online abgebildet werden: von der Neuzulassung über die Umschreibung oder Wiederzulassung auf denselben Halter bis hin zur Außerbetriebsetzung. Dabei werden Gebühren bequem online gezahlt. Hier im Überblick die meistgenutzten Online-Dienste im Kfz-Bereich:

i-Kfz 2 – Wiederzulassung

Ist das Fahrzeug außer Betrieb gesetzt worden, kann es online auf denselben Halter (eine natürliche Person) wieder zugelassen werden. Voraussetzung: Der Wohnsitz muss im Zulassungsbezirk liegen, in dem die Abmeldung stattgefunden hat! Die Daten, die der Fahrzeughalter in die Maske eingeben muss, sind: Fahrzeug-Identifizierungsnummer (FIN), Sicherheitscode auf der Zulassungsbescheinigung Teil I (Fahrzeugschein), VB-Nummer der Versicherung zum Nachweis der Kfz-Haftpflichtversicherung, Bankdaten für die SEPA-Lastschriftverfahren (Kfz-Steuer, Infrastrukturabgabe), ggf. HU / SP-Expresscode und reserviertes Kennzeichen.

i-Kfz 3 – Neuzulassung

Egal ob Neuzulassung fabrikneuer und gebrauchter Fahrzeuge, Wiederzulassungen, Umschreibungen wie Adressänderung und Kennzeichenmitnahme auch bei Halterwechsel oder Außerbetriebsetzung. All dies wird online möglich sein. Wenn das bisherige, gültig gestempelte Kennzeichen auf das neue Fahrzeug übertragen wird, erfolgen diese Services sogar vollkommen medienbruchfrei im Web. Der gesamte Lebenszyklus eines Autos und die damit verbundenen Verwaltungsakte werden somit online abgebildet. Bei Umschreibung und Außerbetriebsetzung wird sogar ein automatisierter Verwaltungsakt durchgeführt, der z. B. ein sofortiges Losfahren nach einer Adressänderung oder einem Halterwechsel erlaubt.

Seit Oktober

2017

Voraussichtlich
ab Oktober

2019



Ausblick auf i-Kfz 4:

Ursprünglich bereits für Stufe 3 geplant und auf Stufe 4 verschoben: die Möglichkeit, die Online-Dienste auch über eine Vollmacht und als juristische Person wahrzunehmen. ■

Stadt Stein nutzt den digitalen Belegungsplan TERAwin-BELweb

Belegt!

Die Vermietung ihrer zehn Sportstätten wurde für die Verwaltung der Stadt Stein zunehmend zur Herausforderung. Höchste Zeit, den Prozess zu digitalisieren, um die Belegung effizienter zu gestalten, Fehler zu vermeiden – und Zeit zu sparen. Nun nutzt die Stadtverwaltung TERAwin-BELweb, den digitalen Belegungsplan der AKDB. Aber das ist nicht die ganze Geschichte ...



„Der ganze Prozess ist übersichtlicher geworden ...“

Sonja Kolb,
Verwaltungsfachangestellte der Stadt Stein

Mag sein, dass nicht jeder Stein kennt. Aber jeder von uns hat schon mal einen Gegenstand benutzt, der aus der mittelfränkischen Stadt bei Nürnberg stammt. Denn hier werden seit bald 300 Jahren die berühmten Blei- und Buntstifte der Marke Faber-Castell produziert. Und hier steht auch das prächtige Faber-Castell-Schloss im Neorenaissance-Stil mit seinen Ecktürmchen und Zinnen. Unweit davon, im Rathaus, versucht die Stadtverwaltung dagegen Schritt für Schritt, die Bleistifte beiseitezulegen, und setzt zunehmend auf die Digitalisierung ihrer Arbeitsprozesse. Auch im Kulturamt. Hier arbeitet seit 2001 Sonja Kolb. Die Verwaltungsfachangestellte kümmert sich um das rege Kulturleben der Stadt. Und das will was heißen: Neben dem Stadtfest organisiert sie das Musik-Event „Der Stadtpark klingt“, das alljährliche Schlosskonzert mit dem barocken Feuerwerk, die Kirchweih und schließlich den Weihnachtsmarkt. „Von Mai bis November haben wir ständig irgendeine Großveranstaltung“, sagt Sonja Kolb.

Vom Kunden für Kunden erdacht

Als wäre das nicht genug, kümmert sie sich auch um die Vermietung der zehn kommunalen Sportstätten an Sport- und Freizeitvereine. Das sind drei Hallen, sechs Freiplätze und eine Schulaula. Jede Sportstätte ist praktisch das ganze Jahr über komplett belegt. Seitdem 2007 auch noch Nutzungsgebühren für die Vermietung fällig wurden, beschloss Sonja Kolb, den ganzen Prozess zu professionalisieren, und stieß bei ihrer Suche auf TERAwin-BEL der AKDB. Die



Belegungssoftware erlaubte es ihr, Kosten zu ermitteln, Veranstaltungsdetails auf einen Blick einzusehen, Rechnungen zu erstellen und die Terminpläne als PDF auf der Homepage zu veröffentlichen. „Bald stieß das Programm aber an seine Grenzen“, erzählt sie. „Irgendwann hatte ich eine doppelte Buchungsführung: In TERAwin-BEL habe ich die Daten für die Rechnungen eingepflegt, den Wochenplan habe ich den Vereinen aber als Word-Anlage geschickt. Ich habe also zweimal dieselben Daten eingegeben. Es schlichen sich kleine Fehler ein – vom Arbeitsaufwand ganz zu schweigen.“ Warum, fragte sie sich, kann man nicht gleich online buchen – wie bei Restaurants, Kinos oder Friseuren? Eine neue Software einkaufen? Warum, wo



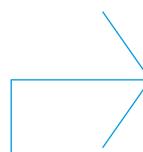
Die Verwaltung der mittelfränkischen Stadt Stein setzt bei der Disposition ihrer Sportstätten auf TERAwin-BELweb, den digitalen Belegungsplan der AKDB.

TERAwin-BEL ein. Das Programm errechnet automatisch die Gebühren, führt die Sollstellung durch und schickt dank Schnittstelle zum Finanzverfahren die Daten an OK.FIS, „ohne auch nur einmal etwas ausdrucken zu müssen – völlig digital“, so Kolb. Für die viel beschäftigte, umtriebige Verwaltungsangestellte ist die Software eine große Entlastung. „Der ganze Prozess ist übersichtlicher geworden – und nicht mehr fehleranfällig. Außerdem spare ich dadurch viel Zeit. Das Beste: Auch die unterschiedlichen Vereine haben sofort in Echtzeit den Überblick und müssen nicht anfragen, ob noch ein Zeitfenster frei ist. Sie sehen es sofort. Nach Aktualisierung des Belegungsplans in TERAwin-BEL brauche ich nur noch das Ganze ins Web zu stellen – einfach per Mausklick.“ Sonja Kolb ist stolz, dass sie auf diese Weise maßgeblich an der Produktentwicklung beteiligt war. Ihre Ideen und Anregungen sind auch für die Weiterentwicklung der Software äußerst wertvoll. Vor allem aber ist sie dankbar, dass sie sich bei der Fülle an Aufgaben auf eine starke Lösung verlassen kann. ■

doch TERAwin-BEL so gut funktionierte? Die Stadt Stein ging einen ganz anderen Weg: Statt lange auf die Suche zu gehen, um eine alternative Software zu finden, sprach Sonja Kolb direkt mit der AKDB. Und ließ sich kurzerhand eine maßgeschneiderte Lösung programmieren.

Online buchen wie beim Friseur

Die AKDB nahm die Herausforderung an. Das Ergebnis ist TERAwin-BELweb. Seitdem loggen sich Vereine auf der Website der Stadtverwaltung mit ihrer Benutzerkennung ein, klicken auf das Datum der Kalenderfunktion, geben Start- und Endzeit ein und verschicken die Anfrage mit einem Klick. Sonja Kolb erhält dann automatisiert per Mail die Anfrage, gibt die Daten in

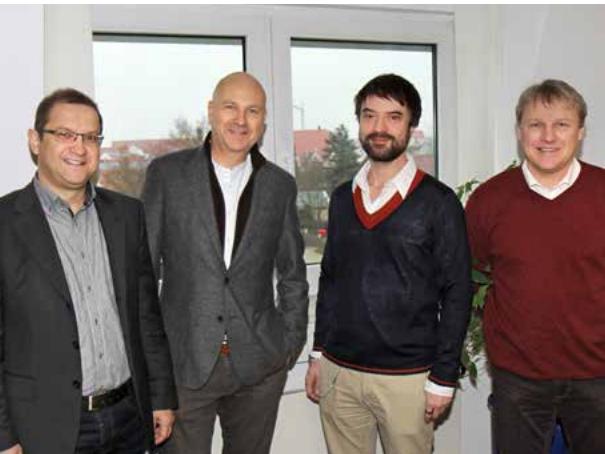


Die Belegungssoftware TERAwin-BEL der AKDB erlaubt es Kommunen unter anderem, Kosten zu ermitteln, Veranstaltungsdetails auf einen Blick einzusehen, Rechnungen zu erstellen und die Terminpläne als PDF auf der Homepage zu veröffentlichen.

Informationssicherheitskonzept

Im Praxischeck: Arbeitshilfe der Innovationsstiftung

Im Rahmen eines Pilotprojekts der Innovationsstiftung Bayerische Kommune haben sechs bayerische Kommunen ein Informationssicherheitskonzept gemäß der Arbeitshilfe der Stiftung eingeführt. Fazit: Der Aufwand hat sich gelohnt!



Peter Schmid (Leitung Bauamt, Leitung Hauptamt, Pressesprecher der Stadt Abensberg), der Erste Bürgermeister der Stadt Abensberg Dr. Uwe Brandl – der in seiner Funktion als Präsident des Bayerischen Gemeindetags gemeinsam mit der Innovationsstiftung das Pilotprojekt initiiert hat –, Jürgen Bartos, Systemadministrator der Stadt Abensberg sowie AKDB-Expertin Johannes Maly für die Innovationsstiftung (von links).

Das Gesetz über die elektronische Verwaltung in Bayern schreibt vor: Behörden müssen bis zum 31. Dezember 2019 Informationssicherheitskonzepte einführen und betreiben. Gängige Standards wie ISIS12 oder VdS 3473 sind aber für Kommunen ohne IT-Fachpersonal oft zu aufwendig. Darauf hat die Innovationsstiftung Bayerische Kommune eine – inzwischen an die Datenschutz-Grundverordnung angepasste – Arbeitshilfe veröffentlicht, die sich gezielt an kleinere und Kleinstkommunen richtet und diesen erlaubt, mit vertretbarem Aufwand ein Konzept einzuführen und im Behördenalltag zu betreiben.

Die Theorie wurde nun einem Praxischeck unterzogen. Dabei hat die Innovationsstiftung die Verwaltungsgemeinschaft Welden,

den Markt Postbauer-Heng, den Markt Er golding, die Stadt Abensberg, die Stadt Zeil am Main sowie die Gemeinde Üchtelhausen begleitet. Die Arbeitshilfe ist so konzipiert, dass sie weitgehend selbstständig von Verwaltungsmitarbeitern umgesetzt werden kann. Verständlich, dass man einem neuen Konzept erst einmal abwartend gegenübersteht. Deshalb gaben Mitarbeiter der Innovationsstiftung eine Einstiegshilfe: In einem Auftaktworkshop vermittelten sie in den sechs Behörden vor Ort die Methodik der Arbeitshilfe, beantworteten grundsätzliche Fragen rund um die Informationssicherheit, gaben Tipps und zeigten einen groben Fahrplan auf. Danach schloss sich eine mehrmonatige Phase der Eigenarbeit an. In dieser Phase hat sich gezeigt, dass die Arbeitshilfe für IT-fachfremdes Verwaltungspersonal gut verständlich ist und



*„Hauptsache,
man beginnt
überhaupt.
Sobald man
mittendrin ist,
stellt man fest,
dass es gar
nicht so
kompliziert ist!“*

Korinna Pöppl,
Pilot-Begleiterin

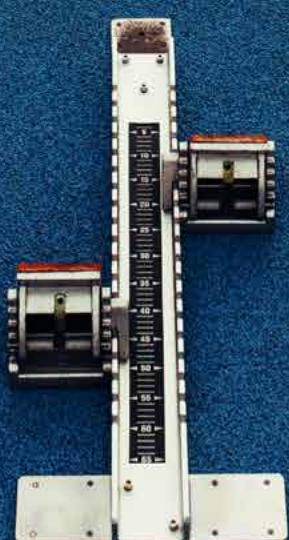
selbstständig Fortschritte auf breiter Ebene erzielt werden. Bei sehr technischen Fragen, etwa zur Hardwareausstattung oder Netzwerkumgebung, bietet es sich aber punktuell an, auf professionelles Know-how von IT-Dienstleistern zurückzugreifen – was in Kommunen aber ohnehin regelmäßig geschieht. Bei den Abschlussworkshops wurde schließlich geklärt, ob Defizite eigenständig erkannt werden und ob notwendige Strukturen in den Verwaltungen etabliert wurden, die ein regelmäßiges Nachhalten der Aufgaben sicherstellen.

Festgehalten werden kann: Die Arbeit der letzten Monate hat sich gelohnt! Der Mehrwert der umgesetzten Maßnahmen und Verbesserungen ist offensichtlich. Auch zwei Vertreter des Landesamts für Sicherheit in der Informationstechnik LSI überzeugten sich beim Abschlussworkshop von diesem praxistauglichen Konzept. Neben IT-Grundschutz, ISIS12 und VdS 3473 informiert das LSI auf seiner Homepage nun auch über die Arbeitshilfe der Innovationsstiftung.

Faktoren für den Erfolg: Hauptsache anfangen!

Der Betrieb eines Informationssicherheitskonzepts ist – auch mit der Arbeitshilfe – eine wiederkehrende Aufgabe. Die Behördenleitung muss ausreichend Kapazitäten bereitstellen: Dies bedeutet, dass mindestens ein Mitarbeiter sich dieses Themas verbindlich annehmen, Abläufe im Hinblick auf die Informationssicherheit regelmäßig prüfen und bewerten sowie offene Aufgaben konsequent vorantreiben muss. Ansonsten läuft man Gefahr, dass das Projekt versandet. Essenziell sind auch ein strukturierter Maßnahmenplan, eine lückenlose Dokumentation sowie Vertreterregelungen. Wer zögert, ob und wie das alles zu stemmen ist, für den hat Korinna Pöppl, die zwei der Pilotkommunen begleitet hat, einen Tipp: „Hauptsache, man beginnt überhaupt. Sobald man mittendrin ist, stellt man fest, dass es gar nicht so kompliziert ist!“

Aber auch für Verwaltungen, die eine kontinuierliche Begleitung durch Fachexperten bei der Einführung eines IT-Sicherheitskonzepts wünschen, gibt es gute Nachrichten: Sie können Unterstützung von der GKDS erhalten. Lesen Sie dazu mehr auf den beiden folgenden Seiten! ■



Gesellschaft für kommunalen Datenschutz

Die GKDS – Partner für Datenschutz und Informationssicherheit

Bei Inkrafttreten der Datenschutz-Grundverordnung merkten viele Kommunen, dass sie die Umsetzung der entsprechenden Vorgaben nicht alleine stemmen können. Deshalb wandten sie sich an die AKDB – von der sie wussten, dass sie als Teil der kommunalen Familie dem Datenschutz besonders verpflichtet ist. Schließlich entstand die AKDB-Tochter GKDS, die Gesellschaft für kommunalen Datenschutz mbH. Inzwischen begleitet die GKDS viele Kommunen erfolgreich bei der Umsetzung von DSGVO-Vorgaben.

Ein knappes Jahr nach Inkrafttreten der DSGVO kommen neue Herausforderungen auf Kommunen zu. Das Gesetz über die elektronische Verwaltung in Bayern BayEGovG verpflichtet öffentliche Verwaltungen, bis

1. Januar 2020 Informationssicherheitskonzepte einzuführen und zu betreiben. Daher unterstützt und berät die GKDS auch beim Aufbau von IT-Sicherheitskonzepten. Sie nutzt dabei Synergieeffekte von Datenschutz und Informationssicherheit.

Basis der GKDS-Konzepte ist die Arbeitshilfe der Innovationsstiftung Bayerische Kommune, die sich gezielt an kommunale Institutionen richtet und diese bei der Einführung eines einfachen Informationssicherheitskonzepts unterstützt – mehr dazu hier im Heft auf den beiden vorhergehenden Seiten.

Häufig gewünscht: fortlaufende Betreuung

Mithilfe einer verschlüsselten Kommunikationsplattform, aber auch bei Vor-Ort-Besuchen erläutern die Experten der GKDS,



wie Schritt für Schritt ein Informationssicherheitskonzept erstellt und damit die Informationssicherheit verbessert wird. Ein zentrales Ablagesystem in der Kommunikationsplattform gewährleistet schnellen Zugriff auf alle relevanten Dokumente. Die GKDS zeigt, wie Schwachstellen und Risiken in Anwendungen und Infrastruktur erkannt werden, wie Verbesserungsmaßnahmen umzusetzen sind und wie ein definiertes Sicherheitsniveau erreicht werden kann.

Informationssicherheit ist kein einmaliges, zeitlich begrenztes Projekt, sondern ein fortlaufender Verbesserungsprozess, zu dem alle Organisationsebenen ihren Beitrag leisten müssen – von den Mitarbeitern bis zur Behördenleitung. Mit allen gemeinsam erarbeitet die GKDS ein erstes, ausbaufähiges Informationssicherheitskonzept, das später als Grundlage für Zertifizierungen dienen kann. ■



„Die GKDS hat für uns die Funktion des externen Datenschutzbeauftragten übernommen.“

Elmar Sokolowsky,
Leiter des Rechnungsprüfungsamtes

 **GKDS-Kunde Elmar Sokolowsky, Leiter des Rechnungsprüfungsamtes der Gemeinde Unterhaching mit rund 22.000 Einwohnern, zu ersten Erfahrungen bei der Umsetzung der DSGVO-Anforderungen.**

Herr Sokolowsky, als Rechnungsprüfer der Gemeinde Unterhaching haben Sie oft mit personenbezogenen Daten zu tun, kennen datenschutzrechtliche Vorgaben und könnten DSGVO-Vorgaben eigenständig umsetzen. Warum haben Sie trotzdem die GKDS beauftragt?

ELMAR SOKOLOWSKY: Klar, im Rahmen meiner Prüfungen muss ich datenschutzrechtliche Anforderungen natürlich beachten. Die Einführung der DSGVO erfordert allerdings zusätzliches Fachwissen, es müssen viel mehr Dokumentationen als bisher erstellt werden. Meine Mitarbeiter und ich sind im Rechnungsprüfungsamt voll ausgelastet. Daher habe ich mich zur Umsetzung der DSGVO-Vorgaben für das Angebot der GKDS entschieden. Die GKDS ist als Tochterfirma der AKDB, die seit vielen Jahren als Partner der Kommunen agiert, ein seriöses Unternehmen, das auch im kommunalen Umfeld zu Hause ist und auf dessen Beständigkeit man vertrauen kann.

Das Team der GKDS, bestehend aus zertifizierten Datenschutzbeauftragten, IT-Sicherheitsexperten, Juristen und Verwaltungsspezialisten, begleitet ihre Kunden auf dem Weg zu einem nachhaltigen Informationssicherheitskonzept.

Kontakt:
www.gkds.bayern
 E-Mail kontakt@gkds.bayern
 Telefon 089/547 58-0



Wie funktioniert Ihre Zusammenarbeit mit der GKDS und wie lautet Ihr Zwischenfazit zum Umsetzungsstand der DSGVO?

Die GKDS hat für unsere Gemeinde die Funktion des externen Datenschutzbeauftragten übernommen. Dieser betreut uns persönlich und ist dabei auch telefonisch gut erreichbar. Zudem können wir über die verschlüsselte Kommunikationsplattform jederzeit spezielle Datenschutzanfragen stellen und erhalten zeitnah Antwort. Unser Zwischenfazit: Wir haben uns auf den Weg gemacht und arbeiten die Aufgaben mithilfe verständlicher und umfassender Arbeitspakete der GKDS Schritt für Schritt ab.



Controlling- und Analyseplattform von OK.JUS

Nie wieder Strichlisten!

Das Sachgebiet Familie, Jugend, Bildung des Landkreises Pfaffenhofen arbeitet seit Anfang 2017 mit OK.JUS. Dreißig Mitarbeiter nutzen die Software: in den Bereichen Trennungs- und Scheidungsberatung, im Allgemeinen Sozialdienst, beim Fachdienst stationäre Hilfen, in der Jugendgerichtshilfe und im Pflegekinderdienst. Das Sachgebiet wertet diverse Daten aus diesen Bereichen mit der Controlling- und Analyseplattform CAP für OK.JUS aus. Wir haben Susanne Schaffer, Marina Grasl und Andrea Schenker, Bereichsleiterinnen der Sozialen Dienste, gefragt, wie es läuft und was sie den Kollegen aus anderen Kommunen raten.

Sie nutzen OK.JUS schon seit fast zwei Jahren. Sind Sie zufrieden?

SUSANNE SCHAFFER: Ja, sehr. Wir haben viel Arbeit in die Anpassung der Software an unsere Arbeits- und Entscheidungsprozesse reingesteckt. OK.JUS ist ein großer Gewinn für die tägliche Arbeit. Insbesondere für Auswertungen, Controlling und Statistik bringt die Arbeit mit OK.JUS eine große Erleichterung.

MARINA GRASL: Toll ist, dass OK.JUS so flexibel ist. Man kann die Abläufe, die wir in OK.JUS abgebildet haben, im laufenden Betrieb anpassen, weiterpflegen und auch



Neuerungen berücksichtigen. Wir haben die Kernprozesse der Sozialen Dienste in OK.JUS entsprechend unseren Arbeitsprozessen nach dem Personalbemessungsverfahren der Jugendämter aufgebaut, dem PeB. Die Auswertungen sind immer aktuell und lassen sich optimal im Blick behalten.

Was ist der größte Nutzen beim Arbeiten mit OK.JUS?

MARINA GRASL: Damit haben wir alles in einem, Statistik und Auswertungen laufen automatisch mit, ohne extra Listenführung. Das Arbeiten mit OK.JUS ist standardisierter als früher. Neue Mitarbeiter sind schneller eingearbeitet und fühlen sich sicherer, weil sie durch die Prozessführung wissen, was zu tun ist. Außerdem haben wir in den Infopanels unter anderem Checklisten, Flyer, Formblätter, Gesetzestexte und, besonders hilfreich, Personalbemessungszeiten hinterlegt. Damit sparen wir uns das Führen von Strich- und Excellisten. Und die Daten können tagesaktuell ausgewertet werden.

Für welche Bereiche gilt das?

SUSANNE SCHAFFER: Wir haben Personalbemessungszeiten für die Bereiche Stationäre Hilfen, Allgemeiner Sozialdienst, Jugendgerichtshilfe, Trennungs- und Scheidungsberatung sowie Pflegekinderdienst hinterlegt und die Auswertung zur Personalbemessung durch CAP erstellen lassen.

Wo bringt die CAP-Auswertung konkret Vorteile?

SUSANNE SCHAFFER: Der Jugendhilfeausschuss braucht aktuelle Zahlen, die können wir mit CAP sofort aus OK.JUS abfragen. Oder die Sachgebietsleitung möchte alle Beendigungen von Fällen in den einzelnen Hilfen laufend und tagesaktuell haben – kein Problem mit CAP.

ANDREA SCHENKER: Auch für die Sachbearbeitung bringen die Auswertungen Vorteile. So erhält man etwa einen Überblick über laufende Fälle der Sachbearbeiter.

Haben Ihre Mitarbeiter OK.JUS schnell akzeptiert?

MARINA GRASL: Ja, es kommt bei den Mitarbeitern sehr gut an. Das Fachverfahren ist leicht zu bedienen, die Prozesse in OK.JUS bilden unsere Abläufe in der Praxis ab und sind schnell verständlich.

Welches Fazit ziehen Sie anlässlich der Einführung von OK.JUS?

SUSANNE SCHAFFER: Die Einführung war viel Arbeit, aber der Aufwand hat sich zu hundert Prozent gelohnt, insbesondere im Controlling. Selbstverständlich gilt: Je besser und differenzierter man OK.JUS aufbaut, umso akkurate sind dann die Auswertungen.

Was würden Sie anderen Jugendämtern für die Einführung empfehlen?

MARINA GRASL: Im Vorfeld gut überlegen, was man braucht. Gerade hinsichtlich der Auswertungen. Welche Informationen möchte man später aus OK.JUS „rausziehen“? Und danach das Programm und die Prozesse so konfigurieren, dass man Teilprozesse entsprechend auswerten kann.

OK.JUS ist nicht bei allen Mitarbeitern des Jugendamts im Einsatz. Wird das so bleiben?

SUSANNE SCHAFFER: Im Sachgebiet Familie, Jugend, Bildung des Landratsamtes Pfaffenhofen arbeiten 80 Mitarbeiter. Wir planen aber als Nächstes, OK.JUS sukzessive auch in weiteren Bereichen des Sachgebiets einzuführen. Gerade wird es zum Beispiel im Bereich Wirtschaftliche Jugendhilfe eingeführt. ■

„Toll ist, dass OK.JUS so flexibel ist.“

Marina Grasl,
Bereichsleiterin der
Sozialen Dienste beim
Landratsamt Pfaffenhofen
an der Ilm



(v. l. n. r.) Andrea Schenker, Marina Grasl und Susanne Schaffer, Bereichsleiterinnen der Sozialen Dienste beim Landratsamt Pfaffenhofen.

Online Kitaplatz-Bedarfsanmeldung

Vier gewinnt: Eltern, Kommunen, Kitas, Kinder

1.500 online Kitaplatz-Bedarfsanmeldungen im Pilotbetrieb sprechen eine deutliche Sprache: Die Partnerschaft und Vernetzung zwischen Kommunen, Trägern und Einrichtungen sowie Eltern verläuft ausgesprochen erfolgreich. Dank Bürgerservice-Portal. Das einfache und intelligente Verteilsystem bietet Vorteile für alle Beteiligten.

Die Stimmung bei den Kundenfachtagungen für den Kita-Bereich mit Hunderten Teilnehmern zeigte, dass die Kitaplatz-Bedarfsanmeldung der AKDB genau auf die Wünsche aller Beteiligten eingeht – und sie löst: Weniger Verwaltungsaufwand, dafür mehr Zeit, Planungssicherheit, Elternverantwortung, Service und Kompetenzstärkung.

Klare Strukturen und Prozesse erleichtern es, Präferenzen für bestimmte Kindertageseinrichtungen zu melden. Die eingegangenen Anmeldungen werden per Mausklick durch Fachkräfte zugeteilt. Kein tagelanges Abtippen und Übertragen in Excel-Listen, keine zeitaufwendigen Treffen an runden Tischen, kein Hin und Her von Mails voller sensibler Kinderdaten. Und vor allem kein langes Warten auf Rückmeldungen von Trägern und Einrichtungen. Mit der online Kitaplatz-Bedarfsanmeldung ziehen alle Beteiligten an einem Strang. Das Beste: Die Kommune behält den Überblick, denn sie kennt zu jedem Zeitpunkt die aktuelle Zahl der Bedarfsanmeldungen.

Gesetzgeber empfiehlt zentrales Verfahren

Im Leitfaden des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales wird ausdrücklich ein zentrales Anmeldeverfahren für die Bedarfsplanung empfohlen. Der neue familienorientierte und sichere Online-Dienst ergänzt die Bedarfsplanung und geht mit dem neuen Onlinezugangsgesetz konform. Außerdem managt er

weitere Herausforderungen. Etwa die Erfüllung des Rechtsanspruches auf einen Betreuungsplatz. Der Online-Dienst erfüllt das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern, koordiniert das Angebot an Trägern und erleichtert die Personalplanung. Die größere Transparenz über Angebot und Nachfrage macht es zudem leichter, strategisch-politische Entscheidungen für das zukünftige Betreuungsangebot zu treffen.

Modern, zeitsparend und innovativ

Am Ende gibt es nur Vorteile für Eltern, Kommunen und Einrichtungen: Die Entscheidungsfreiheit der Eltern wird ebenso gestärkt wie die Fachlichkeit von Trägern bzw. Einrichtungen. Kommunen wiederum erhalten mehr Planungssicherheit. Und all das führt zu einem besseren Service für Kinder! Das nennt man eine klassische Win-win-win-win-Situation! ■





„Ich freue mich jeden Tag, dass ich so viel Gestaltungs- freiheit habe.“

Andrea Mischke,
Kundenbetreuerin
für adebisKITA

„Mit Mut fangen die schönsten Geschichten an.“

Interview mit Andrea Mischke (38 Jahre)

Seit einem Jahr ist Andrea Mischke Kundenbetreuerin für adebisKITA, die Software für Kita-Verwaltungen. Außerdem hat sie als Projektleiterin ihr Know-how für die Entwicklung des neuen Online-Dienstes Kitaplatz-Bedarfsanmeldung eingebracht. Im Interview verrät sie uns, warum sie ihren Job, Pfaffenhofen und Rouladen liebt.

Frau Mischke, wie lange sind Sie schon bei der AKDB und was haben Sie vorher gemacht?

MISCHKE: Am 1. Februar waren es exakt zwölf Monate, seit ich bei der AKDB angefangen habe. Ich war 15 Jahre lang bei der Stadt Pfaffenhofen u. a. Leitung einer Kindertagesstätte und Fachberatung. Ich war gleichzeitig die Koordinationsstelle für Familien und habe mich um die Weiterentwicklung der Kitas gekümmert. Meine Aufgabe war außerdem die Anmeldekoordination.

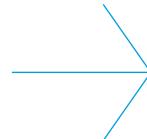
Und dann der Wechsel zur AKDB. Warum?

Ganz ehrlich: Die Chance hat sich so ergeben. Ich habe mit adebisKITA gearbeitet, hatte also viel mit der AKDB zu tun. Als sich die Chance ergab, habe ich nicht lange gezögert. Ich wollte auch mal einen Blick über den Tellerrand werfen. Wie heißt es so schön: „Mit Mut fangen die schönsten

Geschichten an.“ Mich reizte das Neue. Und dass ich etwas Gutes bewirken kann. Nämlich die Digitalisierung im sozialen Bereich vorantreiben. So habe ich gleich das Beste von beiden Welten: Ich bin nach wie vor viel vor Ort in der Kommune. Und kann gleichzeitig an Software-Lösungen arbeiten und die Zukunft gestalten.

Und was machen Sie genau bei der AKDB?

Ich bin Kundenbetreuerin für adebisKITA und Projektleiterin für unseren neuen Online-Dienst „Kitaplatz-Bedarfsanmeldung“. Das ist das perfekte Werkzeug für Eltern, Einrichtungen und Kommunen. Eltern können sich online über das Bürgerservice-Portal anmelden und ihren Bedarf nach Prioritäten angeben. Und die Einrichtungen wissen zu jedem Zeitpunkt, wie viele und welche Plätze bereits vergeben wurden. So können sie ihre Ressourcen besser planen. Der Prozess ist transparent und schnell.



Und ich weiß, wovon ich rede. Denn ich kenne das eine oder andere Konkurrenzprodukt ...

Eine schöne Genugtuung nach nur einem Jahr ...

Ja! Ich hätte nie gedacht, dass ich so schnell so viel Verantwortung übernehmen darf. Ich freue mich jeden Tag, dass ich so viel Gestaltungsfreiheit habe.

Was macht Ihnen sonst noch Spaß im Job?

Dass wir ein eingeschworenes Team von fünf, sechs Leuten sind, dass ich eine sinnvolle Aufgabe habe, die die Gesellschaft voranbringt, dass ich mit vielen unterschiedlichen Menschen aus anderen Abteilungen zu tun habe und dass ich meine Stärken einbringen kann. Habe ich etwas vergessen? Ja: Wir lachen auch viel gemeinsam – trotz Stress. Das schweißt zusammen.

Sie sind also Teamplayer statt Einzelkämpfer?

Ja! Absolut!

Und wie würden Sie sich sonst noch charakterisieren?

Ich lasse mich nicht entmutigen. Ich bin überzeugt: Es gibt nichts, was nicht geht. Man muss die Aufgaben einfach nur analytisch angehen und mit einer Portion Neugierde. Gleichzeitig würde ich mich als empathisch definieren. Wenn man viel mit Menschen zu tun hat, ist das sehr wichtig.

Was lieben Sie an Ihrem Heimatort Pfaffenhofen?

Egal wohin mich das Leben und meine Arbeit führen, ich weiß, wo meine Wurzeln sind, wo ich zu Hause bin und wo ich meine Kraft hernehme. Und das ist Pfaffenhofen, eine Stadt, die sich zwar gerade enorm entwickelt, aber „wo man sich kennt“.

Sie ist mit 26.000 Einwohnern eher mittelgroß, hat aber noch einen ländlichen Charme. Andererseits sind lauter Großstädte in der Nähe. Übrigens: Pfaffenhofen ist 2011 zur „lebenswertesten Kleinstadt der Welt“ gekürt worden!

Glückwunsch! Und was tun Sie in Ihrer Freizeit?

Ich laufe gerne und bereite mich für den Halbmarathon vor – das ist der 21-Kilometer-Lauf. Am Wochenende stehe ich um sieben Uhr früh auf der Laufstrecke. Dann geht's durch den Wald, ganz ohne Kopfhörer und Musik. Außerdem kuche ich gerne. Am liebsten Rindsrouladen. Ich finde, man muss achtsam mit sich umgehen. Dazu gehört auch eine gute, genussvolle Ernährung!

Frau Mischke, herzlichen Dank für das Gespräch!

Andrea Mischke ist in Pfaffenhofen groß geworden. Sie ist ausgebildete Erzieherin, Sozialwirtin und hat Sozialmanagement studiert. Bevor sie bei der AKDB anfing, war sie Kita-Leiterin, hat sich in ihrer Kommune um Familienbelange gekümmert, Beschwerde-management gemacht, Kita-Neubauvorhaben mitgeplant und die Fachberatung der Kitas sowie deren Weiterentwicklung übernommen.

„Ich laufe gerne und bereite mich für den Halbmarathon vor – das ist der 21-Kilometer-Lauf.“



Lesen Sie im nächsten Report unter anderem ...

... über 20 Jahre kommIT GmbH:
Die kommIT GmbH bietet als Vertriebs-
tochter der AKDB am Standort Köln
OK-Softwarereprodukte für das gesamte
Bundesgebiet an. Im Sommer 2019 wird
das Unternehmen auf eine 20-jährige
Erfolgsgeschichte zurückblicken und sei-
nen Geburtstag feiern. Anlass für einen
Besuch vor Ort.



... über das neue Produkt AKDB-
Klickbrief: Klickbrief ... klingt clever,
schnell und praktisch. Ist es auch. Mit
dem Klickbrief können Verwaltungen
zukünftig einfach und günstig sowohl
einzelne Dokumente als auch Massen-
sendungen drucken und versenden las-
sen. Die Briefe werden im AKDB-Rechen-
zentrum gedruckt, kuvertiert und zur
Post geliefert.



Impressum

AKDB REPORT | Magazin für Kommunen
32. Jahrgang, Heft 01 | 2019

Inhaber und Verleger

AKDB · Anstalt des öffentlichen Rechts
Hansastraße 12–16, 80868 München
Tel.: 089 5903 0, E-Mail: presse@akdb.de

Herausgeber

Rudolf Schleyer
Geschäftsführender Direktor, Tel.: 089 5903 1750
E-Mail: rudolf.schleyer@akdb.de

Redaktion

Wolfram Weisse (verantwortlich)
Tel.: 089 5903 1516
E-Mail: wolfram.weisse@akdb.de
Andreas Huber, Tel.: 089 5903 1294
E-Mail: andreas.huber@akdb.de
Susanne Schuster, Tel.: 089 5903 1891
E-Mail: susanne.schuster@akdb.de
Claudia von der Brüggen, Tel.: 089 5903 1835
E-Mail: claudia.brueggen@akdb.de

Konzept & Design

balleywasl.muenchen GmbH

Bezugspreis

Bei Einzelbezug 7,50 EUR.
Für Kunden der AKDB ist der
Bezug kostenlos.

Nachdruck nur mit Genehmigung
der AKDB. ©2019 AKDB

Bildnachweise: Titelbild: iStock/onebluelight, iStock/PaulGrecaud, Seite 3: AKDB/Andreas Huber, Seite 4: iStock/77studio, Seite 5: iStock/77bkindler (bayerische Flagge), Bayerisches Staatsministerium für Digitales (Portrait Judith Gerlach), iStock/golero (Basketballspieler), iStock/SceneNature (Illustration Straße), iStock/energgy (Auto), Seite 6: iStock/Ridofranz (Handwerker links oben), iStock/Logorilla (App links oben), iStock/agafapaperiapunta (rechts unten), Seite 7: iStock/gmst3r (Geldscheine), AKDB (rechts unten), Seite 8: iStock/Peshkova (links oben), AKDB (rechts unten), Seite 9: iStock/arthobbit (Pfeile), iStock/eyewave (München Skyline), DATABUND e. V., Seite 10/11: iStock/77bkindler (bayerische Flagge), Bayerisches Staatsministerium für Digitales (Portrait Judith Gerlach), Bayerisches Staatsministerium (Löwe), Seite 12/13: iStock/nzphotonz (Hand), AKDB (Portrait), Seite 14/15: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Personalausweis), iStock/Nikada (Paris), iStock/Nikada (Paris), iStock/narvik (Barcelona), iStock/neirfy (Rom), iStock/KavalenkavaVolha (Tallinn), iStock/m-imagephotography (Frau), Seite 16/17: iStock/ozgurkeser (Tastatur), iStock/belenox (Kolosseum), iStock/bkindler (München), iStock/Nerthuz (Computerhand), Seite 18/19: iStock/Johman, Seite 20/21: iStock/demaerre (Büro, großes Bild), iStock/PonyWang (kleines Bild), Seite 22/23: iStock/ajt Seite 24/25: KU/Christian Klenk/upd (Bild Hintergrund), AKDB (Gruppenbild), S. Bittl (Bewerbungsfoto), Seite 26: AKDB (Portrait), iStock/t_kimura (Füller), Seite 27: iStock/francescoch, Seite 28/29: AKDB (3), Seite 30/31: iStock/SceneNature (Illustration Straße), iStock/energgy (Auto), Seite 32/33: Stadt Stein (2), Seite 34/35: Stadt Abensberg (Gruppenbild), iStock/jacoblund (Startbahn), Seite 36/37: iStock/matejmo (Schloß), E. Sokolowsky (Portrait), Seite 38/39: iStock/golero (Basketballspieler), Landratsamt Pfaffenhofen an der Ilm (Gruppenbild), Seite 40: AdobeStock/Vely (Holzspielzeug), iStock/kzenon/Hermsdorf/svetikd/FatCamera (kleine Bilder von oben nach unten), Seite 41: AKDB (Portrait), iStock/cat_arch_angel (Illustration Bäume), Seite 42: iStock/ Natalia-flurno, Seite 43: iStock/basketman23 (Köln), iStock/kali9 (Kinder), iStock/TatianaMezhenina (Brief), Seite 44: iStock/chekat



Die **AKDB**
wünscht
frohe Ostern!